

(Beginn: 10.11 Uhr)

Begrüßung

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich heiße Sie alle zur heutigen Tagung unserer Landschaftsversammlung sehr herzlich willkommen.

Ich begrüße die Vertreter der Medien.

Besonders herzlich möchte ich heute Morgen

vor Eintritt in die Tagesordnung

dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Kollegen Heidrich, zum Geburtstag gratulieren. Alles Gute, lieber Herr Heidrich!

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Der Vorsitzende begibt sich zu Dr. Heidrich, gratuliert ihm und überreicht ein Präsent)

Herr Boss meinte, er macht sofort Gebrauch vom Geschenk. Dann freue ich mich aber auf die Haushaltsrede.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir wollen mal sehen, welche Wirkungen das haben kann.

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine Damen und Herren, zu dieser 17. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 13. März 2009 eingeladen. Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 08 vom 26.03.2009 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen sind bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigelegt.

Beisitzer

Als Beisitzer für die heutige Tagung, würde ich mich freuen, wenn

– Herr Michael Nabbefeld

und

– Herr Burkhard Hintzsche

nach vorne kommen und hier Platz nehmen könnten, wenn er da ist. – Herr Burkhardt Hintzsche ist nicht da. Dann darf ich Frau Barbara Solloch bitten, zu mir zu kommen, wenn das möglich ist.

Meine Damen und Herren, **Tagesordnungspunkt 1:**

Anerkennung der Tagesordnung

Sind Sie mit der Ihnen vorliegenden Tagesordnung einverstanden? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann ist sie so **akzeptiert**.

Den **Tagesordnungspunkt 2:**

Verpflichtung neuer Mitglieder

haben wir routinemäßig auf der Tagesordnung. Es liegen mir aber keine aktuellen Beiträge vor.

Tagesordnungspunkt 3:

Umsetzung in den Ausschüssen

- Antrag Nr. 12/399 FDP-Fraktion –
- Antrag Nr. 12/396 CDU-Fraktion –

Dazu gibt es die Anträge der FDP-Fraktion 12/399 und der CDU-Fraktion 12/396. Die Anträge sind Ihnen ausgehändigt worden. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 4:

Änderung der Rechnungsprüfungsordnung für den Landschaftsverband Rheinland sowie der Dienstanweisung für die Rechnungsprüfung

– Vorlage Nr. 12/4013 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 27.02.2009 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend dieser Vorlage zu beschließen.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5:

Erlass einer Gebührenordnung für die Durchführung der Fortbildungsprüfung zum anerkannten Abschluss „Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen“

– Vorlage Nr. 12/3998 –

Am 26.03., also gestern, hat der Landschaftsausschuss diese Vorlage beraten und Ihnen einstimmig empfohlen, ihr zu folgen.

Gibt es Wortmeldungswünsche? – Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Auch nicht. Dann haben wir einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 6:

Resolution der Landschaftsversammlungen Rheinland und Westfalen-Lippe zur Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung

– Vorlage Nr. 12/4088 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 27.02.2009 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 12/4088 zu beschließen.

Es gibt dazu eine Wortmeldung. Bitte schön, Herr Kollege.

Kresse (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute zur UNO-Konvention und nutzen dieses Thema, um auf die finanziellen Nöte des überörtlichen Sozialhilfeträgers hinzuweisen.

In der Tat: Die UNO-Konvention begründet Leistungen für Menschen mit Behinderungen, die bei uns refinanziert werden müssen. Das ist für den überörtlichen Sozialhilfeträger mit erheblichen

Kosten verbunden. Sie haben das schriftlich vorliegen.

Wie sieht es auf der Seite des Leistungsberechtigten aus? Der Leistungsberechtigte hat im Rahmen der UNO-Konvention erhebliche Ansprüche auf soziale Rehabilitation und Eingliederung. Das führt aber im Ergebnis dazu, dass sein Einkommen und sein Vermögen herangezogen werden; denn wir sind Sozialhilfeträger, und wir müssen die Kostenheranziehung realisieren.

Das führt zu einem hohen Unrechtsgefühl und wird missbilligend empfunden; denn die Betroffenen werden doppelt bestraft. Sie werden erstens mit ihrer Behinderung bestraft; sie werden zweitens bestraft, weil sie zu ihren Kosten herangezogen werden.

Deswegen sehen wir erheblichen Handlungsbedarf gesetzgeberischer Art in der Umsetzung der UNO-Konvention.

Vor vier Jahren schon durfte ich für die gestaltende Mehrheit zur Initiative des Deutschen Vereins zum Teilhabegeld sprechen. Das hat zum Ziel, dass auf der einen Seite die kommunale Familie entlastet wird, aber vor allen Dingen eben ein Rechtsanspruch für die betroffenen Menschen begründet wird, ihre soziale Eingliederung ohne die Heranziehung ihres Einkommens realisiert zu bekommen.

Das ist ein Bohren dicker Bretter, wie Sie merken. In den vier Jahren ist nichts passiert. Ich wette, in den nächsten vier Jahren werden wir wieder zusammenkommen und dann das Thema besprechen. Aber wenn ich daran denke, dass die Einführung der Pflegeversicherung auch über ein Jahrzehnt gedauert hat, ist das selbstverständlich. Wir müssen daran bleiben. Es ist ungerecht, dass die Leistungsberechtigten verarmen, um Ansprüche aus der UNO-Konvention zu bekommen.

Es ist ungerecht, dass der Leistungsträger, die Sozialhilfe, an die finanziellen Grenzen kommt und auch verarmt. Deswegen der erhebliche Handlungsbedarf; deswegen die Resolution. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke, Herr Kollege Kresse. – Gibt es weitere Wortmeldungswünsche? – Das ist nicht der Fall.

Ich darf aus dem Ältestenrat berichten, dass die anderen Fraktionen angekündigt haben, gegebenenfalls dazu während der Haushaltsreden Stellung zu nehmen.

Es gibt insofern keine weiteren Wortmeldungen.

Wer der Vorlage Nr. 12/4088 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir einstimmig die Resolution **beschlossen**.

Zum **Tagesordnungspunkt 7:**

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 mit Haushaltsplan und Anlagen

schlage ich Ihnen folgendes Verfahren vor. Zunächst natürlich die politischen Statements der Fraktionen zum Haushalt und der Vertreter der Linken. Zweitens Abstimmung über die Vorlage Nr. 12/4144, die die Einwendungen einiger Städte enthält. Drittens Abstimmung über die Anträge. Ich mache Ihnen dazu einen Verfahrensvorschlag, wie das recht arbeitsökonomisch über die Bühne gehen kann – entsprechend dem Beratungsergebnis des Landschaftsausschusses von gestern. Viertens Abstimmung dann über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Stellenplan usw. Und fünftens die Abstimmung über die Wirtschaftsplanentwürfe.

Darf ich unterstellen, dass Sie mit dieser Vorgehensweise einverstanden sind? – Ich sehe keinen Widerspruch.

Dann rufe ich zunächst zum Haushalt 2009 den Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Heidrich, auf.

Bitte schön, Herr Heidrich.

Heidrich (CDU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, bevor ich mit meiner eigentlichen Haushaltsrede beginne, ein paar Worte zu den Geschehnissen rund um das Historische Archiv in Köln zu sagen.

Der 3. März 2009 wird als ein trauriges Datum in die Geschichte der Stadt Köln eingehen. An diesem Tag sind das Historische Archiv und zwei angrenzende Wohnhäuser eingestürzt; zwei Menschen starben unter den Trümmern. Es grenzt an ein Wunder, dass es nicht mehr Todesopfer gegeben hat. Wenige Tage vorher ging der Rosenmontagszug durch diese Straße. Nicht auszumalen, was hätte geschehen können.

Neben dieser furchtbaren menschlichen Katastrophe ist ein immenser kultureller Schaden zu beklagen. Das Archiv selbst war etwa mit Straßburg das bedeutendste Stadtarchiv in ganz Mitteleuropa und für die Kenntnis des Mittelalters, nicht minder, aber auch für die Neuzeit von absolut einzigartigem Wert.

Ich weiß auch und bin mir sicher, dass ich bei allen Fraktionen dieses Hauses offene Türen einrenne, wenn ich an unser aller Verpflichtung zur Schadensminderung und zum Erhalt des geretteten Kulturgutes erinnere. All unsere Leistungen, meine Damen und Herren, all unser Einsatz für die Bewahrung und den Schutz und die Tradierung des kulturellen Erbes des Rheinlandes wird durch diese Katastrophe überschattet.

Dieses Thema eignet sich weiß Gott nicht zur parteipolitischen Profilierung. Insoweit war ihr Leserbrief im „Kölner Stadt-Anzeiger“, sehr geehrter Herr Dr. Wilhelm, wenig hilfreich.

(Zustimmung bei der CDU)

Darüber hinaus sollten Sie Ihre Funktion als Vorsitzender der Landschaftsversammlung künftig nur dann unter eine Veröffentlichung setzen, wenn Sie dazu autorisiert sind.

Wenn Sie Ihren Leserbrief als Unterbezirksvorsitzender der SPD veröffentlicht hätten, wäre sicher keiner – auch nicht der Verwaltungsvorstand der Stadt Köln – über den Inhalt so verärgert. Wir begrüßen die Reaktion des Landesdirektors gegenüber dem Verwaltungsvorstand der Stadt Köln in dieser Frage.

Ich hatte bis zur Veröffentlichung Ihres Leserbriefes den Eindruck, dass uns dieser Schock gleichermaßen getroffen hätte und dass wir gleichermaßen um Hilfe bemüht wären. Nach Auffassung der CDU-Fraktion müssen wir unsere Hilfe leisten, auch finanzieller Art, und gegebenenfalls an-

dere Dinge, die uns wichtig erscheinen, vorübergehend hinten anstellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Vorsitzender, auch wenn uns Schicksale wie das gerade von mir angesprochene im Leben begleiten, müssen wir dennoch unseren Verpflichtungen weiterhin nachkommen. Deshalb erlauben Sie mir an dieser Stelle, konkret einige Worte zum Haushalt 2009 unseres Landschaftsverbandes zu sagen.

Zu Beginn der letzten Haushaltsrede wies ich auf die aktuelle Entwicklung der WestLB hin und in diesem Zusammenhang auf den Hauptgrund, nämlich die Immobilienkrise in den USA. Zu diesem Zeitpunkt habe ich noch nicht gedacht, dass sich diese Krise zu einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ausweitete, deren Endpunkt heute noch nicht erreicht ist.

Vor dem Hintergrund dieser Krise sind auch wir beim Landschaftsverband aufgefordert, genau hinzuschauen, wie und wo wir unsere Verantwortung für den Verband und damit für die Menschen, für die wir verantwortlich sind, wahrnehmen. Soll heißen, wir haben jetzt die Aufgabe, seriös und nachhaltig unseren Haushalt darzustellen.

Dazu gehört aus unserer Sicht an erster Stelle, dass wir den diesjährigen Haushalt unter dem Gesichtspunkt der Konsolidierung engstens betrachten, gleichzeitig aber auch den uns anvertrauten Menschen die Leistungen zukommen lassen, die sie für ihr ganz persönliches Leben brauchen.

Für mich bzw. für uns, die CDU-Fraktion im Landschaftsverband Rheinland, konnten wir feststellen, dass sowohl die Anträge der Mehrheit, aber selbstredend auch unsere eigenen Anträge geprägt sind von dem gemeinsamen Bestreben, unserem Landschaftsverband Rheinland weiterhin Stabilität zu geben und gleichzeitig strategische Maßnahmen einzufordern, die uns weiterhin auf den Weg bringen, den Landschaftsverband Rheinland als kompetenten Dienstleister für die Zukunft fit zu machen.

Der Begriff „den LVR fit zu machen“ bietet sich geradezu an, wenn wir über das Thema „Reform der Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland“ sprechen. Bei der Reform unserer Kliniken hier beim LVR ist aus unserer Sicht zunächst

festzuhalten, dass diese Reform in der Tat dringend und auch notwendig war und ist. Wir haben uns in dieser Debatte, wie Sie alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, immer konstruktiv eingebracht und haben die von der Verwaltung vorgebrachten Maßnahmen auf Basis des BDO-Gutachtens vorbehaltlos unterstützt.

Ich glaube feststellen zu dürfen, dass auch in dieser Frage eine sehr große Einmütigkeit in den Beratungen und in den bisherigen Beschlüssen zwischen allen Fraktionen festzustellen war. Wenn wir kompetenter Dienstleister für die Zukunft sein wollen, führt kein Weg daran vorbei, dass unsere Kliniken auch in Zukunft den Nachweis erbringen müssen, dass sie wettbewerbsfähig sind. Das bedeutet, dass wir straffere Strukturen schaffen müssen, die dazu führen, dass auf der einen Seite die Wirtschaftlichkeit einer jeden Klinik gesichert ist, andererseits aber auch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den dann neuen Strukturen in einem vernünftigen Arbeitsklima unsere Patientinnen und Patienten mit hoher Qualität versorgen können.

Allerdings, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von der Mehrheit, wir waren bis vor einigen Wochen noch gemeinsam der Auffassung, dass wir alle Grundsatzbeschlüsse noch vor den Osterferien gefasst haben sollten. Nunmehr ist es bedauerlicherweise so, dass Sie seitens der Mehrheit noch Abstimmungsbedarf haben, was dazu führt, dass sich die notwendigen Entscheidungen verzögern.

Deshalb appelliere ich an Sie, schnellstmöglich zu den notwendigen Beratungen wieder zurückzufinden, damit die Reform der Kliniken nicht doch noch zu einer Hängepartie wird. Es kann nicht angehen, dass die Reformbestrebungen daran scheitern, dass keine Einigung über die politische Begleitung der Krankenhäuser in der Zukunft gefunden werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Unseres Erachtens ist es zwingend, dass auch zukünftig die regionalen Vertreter in den Krankenhausausschüssen beraten, aber dann auch dort die Entscheidungen getroffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Also, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns mit hoher Qua-

lität in den Beratungen schnellstmöglich fortfahren – zum Wohle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Wohle der Patientinnen und Patienten, um dem Motto unseres Verbandes „Qualität für Menschen“ gerecht zu werden.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Nur keine Sorge! Das machen wir schon!)

– Schön. – Zur Sicherung der Kliniken gehören auch deren Weiterentwicklung und die Angliederung von medizinischen Versorgungszentren an den Kliniken. Hier war es eine gute Entscheidung, unserem Antrag zuzustimmen und neben den Initiativen unseres Schwesterverbandes durch entsprechende Forderungen gegenüber dem Innenministerium die Notwendigkeit der Schaffung solcher Zentren auch an den Kliniken des Landschaftsverbandes Rheinland deutlich zu machen, damit unsere Kliniken gegenüber denen anderer Träger nicht ins Hintertreffen gelangen.

(Kresse, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Ja, glauben Sie, dass das Land mehr tut?)

– Dafür wäre Ihr Koalitionspartner sicherlich der erste Ansprechpartner, Herr Kresse.

(Weitere Zurufe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Was wir erreichen können, wenn wir als Fraktionen insgesamt an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen, ist bei den Verhandlungen über den Pflegesatz für die Forensik in Essen deutlich geworden.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Da wackelt der Schwanz mit dem Hund in Düsseldorf! So ist das!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an dieser Stelle den Übergang zum Sozialbereich unseres Verbandes finden, bei dem ich zunächst aufzeigen möchte, dass uns im abgelaufenen Haushaltsjahr 2008 insbesondere das Thema „Ambulant betreutes Wohnen“ beschäftigt hat. Wir sind unserer Landesregierung überaus dankbar, dass sie die erfolgreiche Arbeit der Landschaftsverbände dadurch gewürdigt hat, dass sie den Landschaftsverbänden für weitere fünf Jahre die Zuständigkeit für das ambulant betreute Wohnen übertragen hat.

An diesem Thema kann man deutlich feststellen, dass der Landschaftsverband sich auch in dieser Thematik als zukunftsorientierter und kompetenter Dienstleistungsverband versteht. Bei der fachlich qualitativen Arbeit, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für unsere Menschen erbracht wird, ist darüber hinaus anzumerken, dass gleichzeitig die wirtschaftliche Frage, die mit in den Fokus genommen werden muss, für uns als Landschaftsverband von großer Bedeutung ist; denn eben durch die Zuständigkeit des ambulant betreuten Wohnens bei uns, beim Landschaftsverband Rheinland, können wir positiv feststellen, dass die Zahl der vollstationären Fälle stagniert und damit der Kostenanstieg gebremst wurde.

Dennoch ist auch in den kommenden Jahren mit einem Anstieg der Behindertenzahlen zu rechnen, sodass auch weiterhin die Kosten für die Eingliederungshilfe steigen und dies die Belastungsgrenze der kommunalen Familie übersteigt. Insoweit haben wir voller Überzeugung die Resolution zur Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen mit verabschiedet.

Nachdem wir als Landschaftsverbände nahezu 20 Jahre die Einführung der Pflegeversicherung forderten, bevor diese eingeführt wurde, hoffen wir, dass wir nicht einen gleich langen Zeitraum benötigen, um die Bundesregierung und den Bundesgesetzgeber zu bewegen, in einem eigenständigen Leistungsgesetz zumindest einen Teilbereich der Kosten für unsere behinderten Mitglieder mit zu übernehmen und damit die kommunale Familie zu entlasten.

Bei der Vielfalt unserer Aufgaben erlaube ich mir, an dieser Stelle in einen anderen Themenkomplex einzusteigen, der aber in seiner Bedeutung und auch seiner Wirkung ein unverzichtbarer Bestandteil im Aufgabengebiet des LVR darstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kulturelle Engagement des Landschaftsverbandes findet bei der CDU unverändert eine starke und nachhaltige Unterstützung. Der Kulturausschuss mit Landrat Prof. Dieter Patt an der Spitze ist meistens in großer Eintracht – wie bei den übrigen Fachausschüssen auch – mit Erfolg um rheinlandspezifische Förderung des bedeutenden kulturellen Erbes aus zwei Jahrtausenden bemüht,

ohne sich aktuellen Herausforderungen oder neuen kulturellen Inhalten zu verschließen.

Meine Fraktion findet sich wieder in dem grandiosen Erfolg des Römermuseums in Xanten im vergangenen Jahr und stützt die systematische Ausführung der vorliegenden Planungen für das archäologische Gesamtensemble Xanten. Wir hoffen, dass unser Engagement und Einsatz künftig auch vor Ort angemessen gewürdigt wird – mit der Erkenntnis, welche kulturpolitisch generösen Partner die Stadt Xanten im LVR hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir stehen zu dem Engagement des LVR in der Kulturhauptstadt Essen sowohl im Sinne der langfristigen Leistungen als auch im Sinne der Unterstützung der Kulturhauptstadt Europas. Wir müssen freilich darauf achten, dass sich der Landschaftsverband nur in einem solchen Maße einbringt, wie es dem Gebot der Ausgewogenheit seiner Leistungen gegenüber seinen Mitgliedskörperschaften entspricht.

Wir begrüßen auch die sehr namhafte Beteiligung des LVR in Vogelsang in der Eifel; aber auch hier gilt, dass alles in einem finanziellen Rahmen bleiben muss, der auch im 200 km entfernten Kleve oder Gummersbach noch Akzeptanz erwarten lässt.

Die zahlreichen meist kulturellen Stiftungen, an denen sich der Landschaftsverband Rheinland in den letzten Jahrzehnten beteiligt hat, sind je für sich genommen gut, begründet und vertretbar. Wir müssen jedoch darauf achten, dass hier nichts aus dem Ruder läuft und dass wir den Überblick nicht verlieren.

In diesem Zusammenhang ist die Forderung nach einem Prüfungsrecht durch den Landschaftsverband Rheinland, wie wir es in unserem Antrag deutlich gemacht haben, ausdrücklich in Betracht zu ziehen. Als Geldgeber sollten wir uns hier gestaltend, aber auch prüfend einbringen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem weiteren Highlight unserer kulturpolitischen Aufgabe bzw. zu einer Kultureinrichtung unseres Verbandes kommen. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Abtei Brauweiler in neuem Glanz zu einer herausragenden Adresse rheinischer Kultur entwickelt. Den Grundstein da-

zu hat der Landschaftsverband Rheinland gelegt, als er beschloss, die Abtei zum Kulturzentrum auszubauen. Dazu gehörte zunächst die Restaurierung der historischen Bausubstanz der fast 1.000 Jahre alten Abtei.

Der Landschaftsverband Rheinland hat jetzt in der Abtei auch die Entsäuerung historischer Dokumente angesiedelt; eine weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens und bis nach Nordfrankreich viel beachtete Kooperation eines Privatunternehmens mit dem Landschaftsverband Rheinland und dem Land Nordrhein-Westfalen. Das Unternehmen stellt die Technik, der Landschaftsverband Rheinland die Räumlichkeiten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Land liefert die Aufträge. Das ist erfolgreiche und kompetente Sicherung von wichtigem Kulturgut durch unseren Landschaftsverband Rheinland.

Vor dem Hintergrund des katastrophalen Ausmaßes kulturhistorischer Güter durch den Zusammenbruch des Kölner Archivs bekommt somit die Abtei Brauweiler und die dort entsprechende Fachabteilung eine noch ganz andere Bedeutung und macht deutlich, dass wir auch mit dieser Einrichtung kompetenter Dienstleister sind und auch weiterhin sein werden.

Ein hervorragendes Zeichen der guten Zusammenarbeit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist auch das vorgesehene Schau-magazin mit Nachlässen von Künstlerinnen und Künstlern im Besitz des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir danken unserem Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers sowie seinem Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff als ehemaligem Mitglied dieser Landschaftsversammlung für ihre Unterstützung und Entscheidung, diese Nachlässe in Brauweiler anzusiedeln.

(Beifall bei der CDU – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch das Einzige, wofür man Sie loben kann!)

Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt des Landschaftsverbandes Rheinland, das Kulturzentrum Brauweiler des LVR mit Leben zu füllen und zu einem Kompetenz- und Veranstaltungszentrum auszubauen.

Dazu trägt auch das große Engagement des Freundeskreises der Abtei Brauweiler unter der Führung des Vorsitzenden, Dr. Karlheinz Gier-

den, und des Ehrenvorsitzenden, Alfons Biermann, bei.

Die landschaftliche Kulturpflege ist eine der Kernaufgaben des Landschaftsverbandes Rheinland. Die Abtei Brauweiler ist dabei ein Glanzlicht in einer langen Reihe hervorragender Projekte, die der Landschaftsverband Rheinland an den verschiedenen Standorten seiner Mitgliedsstädte und -kreise in der reichen Kulturlandschaft Rheinland entwickelt hat. Insoweit ist unser eingebrachter und von allen Fraktionen gebilligter Antrag, die Verwaltung des LVR mit der Prüfung zu beauftragen, den Prälaturkomplex über seine bisherige Nutzung hinaus zu einem Tagungszentrum zu gestalten, folgerichtig und konsequent.

Mit dem Kulturgut des Landschaftsverbandes Rheinland und den kulturpolitischen Aufgaben besitzt der Landschaftsverband Rheinland ein Pfund, mit dem man wuchern kann, nein, sogar wuchern muss. Dies sollte uns bewusst sein. Und ich würde sogar so weit gehen, dass wir die Chance nutzen müssen, uns mit der Kultur bzw. der Kulturpolitik noch stärker als in der Vergangenheit international präsentieren zu können.

Stichwort Schule, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Mit Bezug auf das „Gesetz zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ und seiner Umsetzung in nationales Recht ist im Landschaftsverband wieder die Diskussion um die Struktur unseres Schulwesens insgesamt sowie den Ausbau des gemeinsamen Unterrichtes aufgebrochen.

Abgesehen davon, dass der Landschaftsverband Rheinland nicht der Ort ist, an dem Weichen für ein anderes Schulsystem gestellt werden – das ist politisch an anderer Stelle zu diskutieren und zu entscheiden –, wird man mit dieser Engführung auch dem Gesetz nicht gerecht.

Das Gesetz ist insgesamt ein eindeutiges Plädoyer für die Eingliederung von Behinderten in die Gesellschaft, und zwar weltweit. Behinderte sollen die ihnen möglichen Chancen in der Gesellschaft ergreifen können, als gleichberechtigte Glieder der Gesellschaft anerkannt werden und die gegebenenfalls notwendigen Hilfen gewährt bekommen. Weltweit sind wir da von Lösungen in der Zielrichtung des Gesetzes noch meilenweit entfernt.

Deutschlandweit haben wir auch noch eine weite Strecke zurückzulegen und, wie es so schön heißt, „mentale Barrieren“ zu überwinden.

Der LVR ist allerdings ein Verband, der sich genau den Intentionen des Gesetzes verpflichtet weiß und durch die alltägliche Arbeit auch die Grenzen der Umsetzung kennt. Der Landschaftsverband Rheinland ist gerade von seiner Grundidee ein Motor der Entwicklung, den Behinderten eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Interessant ist im Gesetz der Artikel 23 – „Achtung der Wohnung und der Familie“ – mit seinem Einsatz für die Würde und die Aufgabe der Familie; ein Thema, das derzeit in der öffentlichen Diskussion aus unserer Sicht völlig zu kurz kommt. Wir neigen im Gegenteil dazu, das Heil für alle Lebensbereiche beim Staat und seinen Organen zu suchen und dem Staat alle Aufgaben zu übertragen. Dieses Plädoyer aus dem Gesetz sollte für den Landschaftsverband Anlass sein, sich vehement um Familienbildung und Erziehungsstärkung in den Familien einzusetzen.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Dann soll die Landesregierung auch mal das Geld dafür bereitstellen und nicht kürzen!)

– Dazu hatte die frühere Landesregierung 30 Jahre Zeit.

(Zustimmung bei der CDU – Frau Asch,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN: 20 Prozent gekürzt bei den Familien! 20 Prozent Kürzung in der Familienhilfe!)

Wenn nun erneut die Forderung nach „Gemeinsamem Unterricht“ in den Vordergrund gerückt wird, so ist dies ein berechtigtes Anliegen. Allerdings ist es ein Anliegen, das seit vielen Jahren diskutiert und auch umgesetzt wird, wohl aber nicht gerade mit durchschlagendem Erfolg.

Der vom Landschaftsverband Rheinland zur Verfügung gestellte „Gerätepool“ ist ein wirksamer Beitrag für den gemeinsamen Unterricht an Regelschulen. Die bisherigen Bemühungen sind nicht besonders erfolgreich gewesen, weil der gemeinsame Unterricht nicht nur eine Bewusstseinsveränderung bei allen Beteiligten voraussetzt, sondern auch eine deutlich höhere Bereitstellung von Finanzmitteln und Personal.

Das haben, Frau Asch, die früheren Landesregierungen nicht geschafft bzw. nicht als notwendig angesehen, im Übrigen auch nicht bei der Bereitstellung der erforderlichen Pflegekräfte an unseren Schulen bzw. deren Kostenübernahme.

(Zustimmung bei der CDU – Frau Asch,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Oh Gott,
nach vier Jahren!)

Die neue Landesregierung versucht nun, über die sogenannten „Kompetenzzentren“ das Problem gleichsam von der Wurzel her anzugehen und setzt dazu auch mehr Personal – hören Sie zu, Frau Asch – ein.

(Frau Asch, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Falscher Weg!)

Der Landschaftsverband Rheinland beteiligt sich an diesem Projekt, und es wird abzuwarten sein, welche Erfolge sich einstellen.

Die völlige Umsetzung des gemeinsamen Unterrichtes scheitert zudem mit Blick auf viele unserer Schülerinnen und Schüler, die ja zum Teil mehrfach – auch schwerst-mehrfach – behindert sind und die entsprechende Förderung daher eher in einem für sie geschützten Raum erhalten, was beim Landschaftsverband Rheinland in vorbildlicher Weise geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Zudem muss man klar erkennen, dass die Überweisung in eine Förderschule keineswegs willkürlich erfolgt, sondern nach einem aufwendigen Untersuchungsverfahren letztlich durch die Schulaufsicht erfolgt. Als Landschaftsverband Rheinland haben wir dann die Folgen dieser Entscheidung zu tragen. Deshalb sind wir ja auch Schulträger.

Uns alle bedrückt die wachsende Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Sprachbehinderung. In dieser Schülergruppe verbirgt sich oft auch eine Lernbehinderung, die den Übergang in den gemeinsamen Unterricht erschwert.

In Art. 7 des genannten Gesetzes, also weit vor dem Art. 24, der Hinweise zur Beschulung gibt, steht der Satz: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“

(Beifall bei der CDU)

Dieser Satz ist gleichsam die Leitidee und Leitlinie, die seitens der CDU seit Jahren verfolgt wird: gemeinsamer Unterricht da, wo er zum Wohl des einzelnen Kindes beiträgt.

Lassen Sie mich noch auf einen zweiten Punkt zu sprechen kommen: unseren Antrag zur Förderung von Menschen mit Behinderungen durch Musik, Kunst und Sport.

Uns selbst hat sehr überrascht, welche positive Rückmeldung aus den Schulen unser Antrag zur Folge hatte. Offensichtlich haben wir einen Nerv in der Förderung behinderter Menschen getroffen, und zwar völlig losgelöst von ideologischen Wünschen und Forderungen zur Änderung und angeblichen Verbesserung der Schulstruktur.

Es ist schon erstaunlich, wie bei Menschen durch Musik, Kunst und Sport, werden sie nur in der rechten Weise aufbereitet, bislang ungekannte Seiten aufgeschlagen werden oder, anders ausgedrückt, Saiten zum Klingen gebracht werden.

Umso wichtiger ist es, an Menschen mit Behinderungen möglichst vielseitige Angebote heranzutragen, um vorhandene Begabungen zu wecken. Wir freuen uns darüber, dass unsere Anregungen seitens der Schulen in solch positiver Weise aufgegriffen worden sind, und wir erwarten, dass der Landschaftsverband Rheinland den einmal eingeschlagenen Weg auch weiterhin nach Kräften unterstützt.

In der Jugendpolitik, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es nicht nur so, dass der Jugendhilfeausschuss eine formelle Ausnahmesituation darstellt, nein, vielmehr ist die Jugendhilfearbeit in der Tat engstens zu betreiben und auch dort ein großes Augenmerk darauf zu werfen, dass in der Jugendhilfepolitik Prävention und Sensibilität eine wichtige Rolle spielen.

Damit dies auch mit entsprechenden Strukturen umgesetzt und praktiziert werden kann, ist es aus unserer Sicht notwendig, auch hierfür in unseren eigenen Einrichtungen dafür Sorge zu tragen, dass unsere Jugendlichen und anvertrauten jungen Menschen sich in vernünftigen Strukturen wiederfinden können. Aus diesem Grunde ist unser Antrag sehr wichtig, der zum Inhalt hat,

dass wir bei den Jugendhöfen Rheinland hier neue und zeitgerechte Unterbringungsmöglichkeiten schaffen.

Ich glaube feststellen zu dürfen, dass sowohl unser Antrag als auch der Antrag der Mehrheit hier eine große Übereinstimmung haben, und wir sollten in der Tat anfangen mit dem Verkauf des Geländes Krefeld-Fichtenhain und damit im weiteren Verlauf die erzielten Verkaufserlöse nutzen, um entsprechende Investitions- und Sanierungsmaßnahmen in unseren Jugendhöfen schnellstmöglich umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist aus unserer Sicht der richtige Weg, um qualitativ hochwertige Jugendarbeit/Jugendhilfeleistung leisten zu können.

Meine Damen und Herren, der Landschaftsverband Rheinland mit seinen vielfältigen Aufgaben ist nicht nur Dienstleister im klassischen Sinne, sondern durch seine Beteiligungen auch für die kommunale Familie und für das Land ein politisch-strategisch wichtiger Partner.

Und wenn ich von Beteiligungen spreche, so muss an dieser Stelle sicherlich das Thema WestLB bzw. NRW.Bank angesprochen werden. Wir hatten gerade ja noch die Sondersitzung des Landschaftsausschusses. Insoweit will ich mich zu diesem Punkt kurzfassen.

Die CDU-Fraktion im Landschaftsverband Rheinland ist sich in einer besonders schwierigen Situation immer ihrer Verantwortung bewusst. Dies gilt insbesondere um die Problematik der WestLB und der NRW.Bank. Hier haben die Fraktionen im Landschaftsverband gemeinsam eine Lösung gefunden, die den Interessen der von uns vertretenen Kreise und kreisfreien Städte gerecht wird und unsere Bürgerinnen und Bürger vor einer Inanspruchnahme schützen soll, die von der kommunalen Familie nicht mehr verkraftet werden könnte.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss ein kurzes Fazit ziehen. Unter verantwortlichem und seriösem politischen Handeln in der Kommunalpolitik ist in der heutigen Zeit über den Tellerrand des Tagesgeschehens hinauszuschauen. Das

bedeutet gleichzeitig, dass wir, wenn wir über den Haushalt 2009 reden, gemeinsam eine Menge von Anträgen auf den Weg gebracht haben, die insbesondere auch die Nachhaltigkeit des Handelns der Verwaltung und der Politik hier beim Landschaftsverband Rheinland aufgreifen.

Der Gesamthaushalt für das Jahr 2009 ist unserer Auffassung nach seriös aufgestellt, und er wird durch die Anträge seitens der Mehrheit, aber auch durch unsere Anträge gefestigt und hat eine hohe strategische, nachhaltige Wirkung.

Dies, meine Damen und Herren, ist gerade, wie zu Beginn meiner Rede erwähnt, in der heutigen Zeit von großer Wichtigkeit. Wir dürfen nicht nur auf ein Haushaltsjahr schauen, sondern unsere Aufgabe ist es, der Verwaltung Rahmenbedingungen vorzugeben, damit auch und insbesondere unter dem Fokus der uns tragenden Mitgliedskörperschaften der Nachweis erbracht werden kann, dass wir in der Tat ein kompetenter Dienstleister innerhalb der kommunalen Familie sind und auch nachweislich so wahrgenommen werden.

Ein partnerschaftliches und faires Miteinander mit unseren 27 Mitgliedskörperschaften ist Ziel unseres Handelns, wenngleich dies auch nicht immer von unseren Partnern, den Städten und Kreisen, so wahrgenommen wird.

An dieser Stelle gilt es auch Dank zu sagen: Dank an die Verwaltung, an der Spitze mit Herrn Landesdirektor Voigtsberger und allen Dezernentinnen und Dezernenten, vor allem aber auch den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gesamten Landschaftsverbandes, die sich tagtäglich zum Wohle der uns anvertrauten Menschen einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Dass dies – lassen Sie mich dies noch sagen – in hervorragender Art und Weise funktioniert, mögen Sie auch daran erkennen, dass die Übernahme der uns übertragenen Teile der Versorgungsverwaltung in doch beeindruckender Weise umgesetzt wurde und auch an diesem Punkt deutlich wurde, dass hier der Landschaftsverband sehr gut aufgestellt ist.

Deshalb insgesamt noch einmal namens der CDU-Fraktion unser herzlicher Dank an die gesamte Verwaltung.

(Beifall bei der CDU)

Positiv hervorheben möchte ich in diesem Jahr auch die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen. Dies war in den vergangenen Jahren nicht so der Fall. Deshalb möchte ich hier ganz besonders hervorheben, dass durch den frühzeitigen Austausch der Anträge zwischen den Fraktionen und die Ernsthaftigkeit der Beratung auch der Anträge der anderen Fraktionen eine gegenseitige Wertschätzung deutlich wurde, auf deren Fundament eine konstruktive Zusammenarbeit auch für die Zukunft möglich wird – mit dem gesamten Ziel – auch dies wurde gerade in der letzten Zeit und auch jetzt bei den Haushaltsberatungen deutlich –, den Landschaftsverband Rheinland fit zu machen für die Zukunft, damit er in seinem Bestand auf hoffentlich lange Zeit für die Menschen im Rheinland tätig sein kann.

Wenngleich ich bisher nicht deutlich gemacht habe, wie sich die CDU-Fraktion bei den diesjährigen Haushaltsberatungen und bei der Haushaltsverabschiedung verhält, wird dies jedoch sicherlich aus der Rede deutlich geworden und für Sie keine Überraschung sein, wenn ich hiermit erkläre, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt 2009 und der Beibehaltung des Umlagesatzes zustimmt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei CDU
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Prof. Dr. Rolle für die SPD-Fraktion.

Prof. Dr. Rolle (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr LVR-Direktor! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es macht nicht wirklich Spaß, in diesen wirtschaftlich düsteren Zeiten hier zu stehen und eine Haushaltsrede zu halten.

In der gesamten Republik und weit darüber hinaus bangen die Menschen um ihren Arbeitsplatz, fürchten sich vor der Zukunft und haben – leider – allen Grund dazu. Auch auf unseren Verband kamen und kommen noch sehr schwierige Zeiten zu. Hier seien nur stichwortartig WestLB und NRW.Bank genannt; aus meiner Sicht ein immer wieder schmerzhafter und im Hinblick auf

die möglichen Forderungen gegen die Landschaftsverbände unverzeihlicher Fehler der Landesregierung, die WestLB nicht zum rechten Zeitpunkt mit der LBBW fusionieren gelassen zu haben.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das führt nunmehr zu unüberschaubaren und kaum kontrollierbaren fiskalischen Belastungen.

Trotzdem haben wir uns heute entschlossen, den bereits zwischen den beiden Landschaftsverbänden vereinbarten Ausstieg aus der NRW.Bank aufzuschieben. Der heute gefasste einvernehmliche Beschluss des Ausstiegs eben im Landschaftsausschuss bei gleichzeitiger Aussetzung des Vollzuges dieses Beschlusses ermöglicht es, eine insgesamt kommunalfreundliche Lösung zu finden. So ist eine Förderbank in Alleinherrschaft des Finanzministers bis auf Weiteres vom Tisch, ein Segen für die Kommunen in unserem Land!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Andererseits ist hier eine Lösung gefunden worden, die die Bildung einer Rücklage von über 300 Millionen Euro entbehrlich macht. Das hätte für uns bedeutet, in die Haushaltssicherung einzutreten, und die daraus resultierenden Belastungen für die uns finanzierenden Kommunen wären nicht mehr vertretbar gewesen!

Das alles wäre, wie bereits gesagt, bei einer rechtzeitigen Fusion vermeidbar gewesen, aber Eitelkeiten einzelner Landespolitiker haben aus unserer Sicht eine kommunalfreundliche und für alle Seiten gewinnbringende Lösung zur rechten Zeit leider verhindert.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber Kommunalfreundlichkeit war bekanntlich noch nie Schwerpunkt dieser Landesregierung. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nur an

- die Novellierung des Sparkassengesetzes,
 - die für die Kommunen unsägliche Änderung des § 107 GO sowie
 - die in der Sache absolut abwegige Diskussion zur Verstaatlichung der Landschaftsverbände.
- In diesem Punkt immerhin hat die Landesre-

gierung – bis auf Weiteres – Einsichtsfähigkeit bewiesen.

Anders sieht das im Bereich des Ausbaus der U-3-Plätze im Rahmen des Kinderbildungsgesetzes aus.

Ein Schwerpunkt der Landesregierung ist der Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren. Durch das Kinderbildungsgesetz und das Bundesförderungsprogramm soll die Zahl der Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder in Kindertageseinrichtungen im kommenden Kindergartenjahr um weitere 11.000 Plätze auf 55.600 Plätze steigen. So weit so gut!

Ein qualitativ guter Ausbau der Tageseinrichtungen für Kinder wird von allen Beteiligten der freien Wohlfahrtspflege und der Kommunen begrüßt. Allerdings ist und bleibt die Umsetzung dieser riesigen und wichtigen Aufgabe den beiden Landesjugendämtern mit dem jetzigen Personal überlassen. Und auch von den Kommunen wird hier ein finanzielles „Mehr“ zu leisten sein. Qualität und vernünftige sowie zukunftsweisende Um-, Ausbau- und Neubaumaßnahmen müssen verantwortlich geplant und ausgeführt werden. Dafür benötigen natürlich alle Beteiligten Zeit; denn nur so kann es auch gelingen.

Dem Landesjugendamt Rheinland lagen Ende 2008 schon weit über 2.000 Anträge vor. In 2009 sind und werden weitere Anträge eingehen. Sie sind ordnungsgemäß zu prüfen, die Antragsteller in vielen Fällen sowohl pädagogisch als auch finanztechnisch zu beraten, und erst danach kann abschließend beschieden werden.

Von den bis März vorliegenden Anträgen mit einem Antragsvolumen von knapp 110 Millionen Euro konnten bislang 1.000 Anträge mit einem Volumen von ca. 35 Millionen Euro abschließend bewilligt werden.

An diesen Zahlen können Sie erkennen, dass die Mitarbeiter des Landesjugendamtes hoch motiviert arbeiten. Dafür auch im Namen der betroffenen Kinder und Familien den Damen im Wesentlichen herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die rheinischen Kommunen können und wollen also Plätze für Kinder unter drei Jahren schaffen. Die riesige Nachfrage aus den Kommunen führte

im Nachtragshaushalt des Landes zur Schaffung von ca. 10.000 weiteren U-3-Plätzen. Aber – so die zuständige Staatssekretärin –: „Diese zusätzlichen Plätze können nur dann realisiert werden, wenn die Kommunen entsprechende Anträge bis zum 15.03. mit einer im jeweiligen Rat beschlossenen und haushalterisch abgesicherten Bedarfsplanung beantragen.“

Trotz aller Anstrengungen: Nur knapp die Hälfte der Träger und Kommunen konnte diesen Termin 15.03. halten und sich so ca. 4.000 weitere Plätze sichern. Also Fazit: Aufgrund der organisatorischen Ungereimtheiten der Landesregierung im Zeitablauf, mangelnder Informationen an nachgeordnete Behörde, knappste Zeitfenster für Bewilligungen ist der größte Teil dieser großspurig verkündeten zusätzlichen Plätze eine reine „Polit-Show“.

Ein weiterer wichtiger Baustein in der Qualifizierung der Tageseinrichtungen – und das ist von uns allen politisch so gewollt – ist der Ausbau der gemeinsamen Erziehung für Kinder mit und ohne Behinderung. Politisch wollen wir langfristig weg von reinen heilpädagogischen Einrichtungen hin zur „gemeinsamen Erziehung“ für alle Kinder in allen Kommunen des Rheinlandes. Aber es gibt hemmende Faktoren für dieses gemeinsame Ziel:

- Die Finanzierung des notwendigen Umbaus der heilpädagogischen Tageseinrichtungen.
- Der Wegfall der „zusätzlichen Fachkraft“, die jeder heilpädagogischen Tageseinrichtung zur Verfügung steht, und
- für die Träger das Verlassen der Voll-Finanzierung durch den Wechsel zur Finanzierung nach KiBiz, also mit Eigenanteil des Trägers.

Meine Damen und Herren, seien Sie sicher: An der Verwirklichung dieser Ziele wird die SPD-Fraktion mit Nachdruck arbeiten.

Wir werden die Integration im gemeinsam formulierten politischen Interesse fortführen und schnellstmöglich umsetzen – auch wenn es Geld kostet.

Apropos Geld: Relativ wenig Geld kostet in unserem Verband und große Wirkung für den LVR entfaltet die Kultur. Bevor ich auf die aktuelle Situation in einigen Teilbereichen eingehen werde, gestatten Sie mir einen kurzen Blick zurück.

Es erfüllt uns mit Stolz, mit dem neuen Römermuseum in Xanten neben dem LVR-LandesMuseum Bonn ein weiteres Flaggship in den Reihen der LVR-Museen zu haben. Hier wird deutlich, dass unsere Entscheidungen in den zurückliegenden Jahren richtig gewesen sind. 100.000 Besucher in knapp einem halben Jahr sprechen für sich. Ich hoffe nur, dass wir uns beim weiteren Ausbau des Archäologischen Parks in Xanten auf die Finanzierungszusagen des Landes verlassen können.

Ein „Dauerbrenner“ in unserer politischen Arbeit ist die Netzwerkbildung im Kultur- und Umweltbereich. Das Umweltnetzwerk ist erfreulicherweise auf einem sehr guten Weg. Die Vernetzung der biologischen Stationen und die Förderung der Projekte entwickelt sich zu einer Erfolgsstory; ein von der Gestaltungsmehrheit geborenes Kind, das landesweit Beachtung findet.

Beim „Netzwerk Kulturelles Erbe“ sind die veranschlagten Etatmittel durch unsere Entscheidungen zu Vogelsang und das Museum in Zülpich fast aufgebraucht.

Dennoch stehen zahlreiche Projekte und Institutionen an, die eine finanzielle Unterstützung seitens des Landschaftsverbandes Rheinland erwarten.

Die Verwaltung hat dankenswerterweise im Kulturausschuss ein Eckpunktepapier „LVR-Netzwerk Kulturelles Erbe im Rheinland“ vorgelegt, und die dort dargelegten Kriterien sollen helfen, eine verantwortungsbewusste und gerechte Entscheidung zur Aufnahme von Projekten und Institutionen in das kulturelle Netzwerk des LVR zu treffen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich hier alle Fraktionen gemeinsam auf eine abgestimmte Vorgehensweise verständigen könnten und so die so wichtige Arbeit für den LVR in diesem Bereich weiterhin erfolgreich fortgesetzt werden könnte.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Neben der Erweiterung des kulturellen Netzwerkes dürfen wir jedoch nicht die bereits bestehenden Beteiligungen, insbesondere in Stiftungen, vernachlässigen. In dem Bemühen, den Landschaftsverband Rheinland in der Region weiter zu vernetzen, wurden seinerzeit auch Stiftungen

gegründet, die nicht über die nötigen Grundlagen für die Umsetzung ihrer Ziele verfügen.

Aus diesem Grunde hat die Gestaltungsmehrheit in diesem Hause den Antrag zum Haushalt eingebracht, eine Bestandsaufnahme zur langfristigen Sicherung und Stabilisierung der Beteiligungen im Kulturbereich vorzunehmen, um so eine profunde Grundlage für künftige Entscheidungen zu haben. Davon erhoffen wir uns weitere Impulse für ein erfolgreiches Beteiligungsmanagement.

Auch hier gilt: Unsere Dezernentin Milena Karbaic wird mit ihrem Team hier, wie bisher, ganz hervorragende Arbeit leisten! Und dass bei zusätzlichen arbeitsintensiven Aufgaben eine Verstärkung her muss, ebenfalls. Jedenfalls von hier aus ein ganz herzliches Dankeschön für den unermüdlichen Einsatz in dieser für den LVR so außerordentlich wichtigen Arbeit.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ein weiterer aus Sicht meiner Fraktion ganz zentraler Punkt ist die Gestaltung der Zukunft unserer Kliniken. Das vor 1 ½ Jahren vorgelegte Gutachten zur Zukunftssicherung der LVR-Kliniken machte unmissverständlich deutlich, dass der LVR Gefahr läuft, seine Gestaltungsmöglichkeiten der psychiatrischen Versorgungslandschaft im Rheinland zu verlieren. Ohne ein deutliches Umsteuern – so die Gutachter – drohen die LVR-Kliniken von anderen Leistungsanbietern, vor allem solchen in privater Trägerschaft, erdrückt zu werden.

Das Gutachten formulierte aber auch, dass der LVR grundsätzlich über ausreichende Potenziale verfügt, um dieser Gefahr erfolgreich entgegenzuwirken! Dieses Potenzial gelte es nur richtig zur Wirkung zu bringen. Ich denke, wir haben gemeinsam alles getan, um die richtige Wirkung zu erzielen.

Die Stärke dieses Potenzials wurde im vergangenen Jahr eindrucksvoll deutlich. Im Juni 2008 beschloss der Landschaftsausschuss ein ambitioniertes Arbeitsprogramm, das eine grundlegende Reform der Entscheidungsprozesse im LVR zum Inhalt hatte. Dabei war eines – trotz der ungeschminkten Kritik des Gutachters – von Anfang an klar: Die Preisgabe der öffentlichen Trä-

gerschaft der Kliniken stand und steht nicht zur Disposition;

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

formelle wie materielle Privatisierung wird es im LVR nicht geben. An dieser Position hat sich bis heute auch nichts geändert und wird sich mit der SPD auch nichts ändern.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bis Ende 2008 wurde ein enormes, die „Welt“ der Kliniken und des Trägers gewaltig veränderndes Arbeitsprogramm bewältigt:

- Neuordnung der Managementfunktionen und Formulierung klarer Verantwortungsstrukturen.
- Maßnahmen der horizontalen Reorganisation auf Klinikebene.
- Eckpunkte zur Neukonzeption der Leitungsstrukturen und Entscheidungsprozesse auf Klinikebene sowie Grundlagen und Verfahren zur Steuerung.

Also kurz: Die Definition eines neuen Grundgerüsts zur Steuerung des LVR-Klinikverbundes.

Meine Damen und Herren, es ist eine ganz besonders anspruchsvolle Aufgabe, all diese tiefgreifenden Veränderungen unter Beibehaltung der Rechtsform und der öffentlich-rechtlichen Trägerschaft quasi im laufenden Betrieb zu etablieren.

Der eindeutige politische Wille im LVR zur Sicherung seiner Kliniken wird dadurch in ganz besonderer Weise demonstriert, dass wir alle diese Beschlüsse nicht nur in dem vorgesehenen Zeitplan, sondern auch einstimmig – über alle Fraktionen hinweg – verabschiedet haben. Dank dafür auch ganz ausdrücklich an die CDU-Fraktion.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben damit gemeinsam deutlich zum Ausdruck gebracht, was für uns Zukunftssicherung der LVR-Kliniken bedeutet.

Unsere zentralen Ziele dabei sind:

- Business is local. Das heißt, das Geschäft läuft betriebswirtschaftlich vor Ort.

- Trägeraufgabe ist die zentrale gebündelte Steuerung der Betriebe. Bei der Wahrnehmung zentraler Services muss eine klare Dienstleistungsorientierung bestimmend sein.
- Und letztlich ist es uns wichtig, dass die Vorteile der Zugehörigkeit zu dem öffentlichen LVR-Klinikverbund, der kommunalen Klinik-kette Psychiatrischer Fachkrankenhäuser durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit unter der Dachmarke des LVR stärker als bisher erkennbar sind.

Was nun abschließend noch der Neukonzeption bedarf – Herr Heidrich hat es erwähnt –, ist die Optimierung der politischen Steuerung. Aber: Ich bin mir sicher, dass die dem Verband innewohnenden innovativen Kräfte und der Wille zur Veränderung auch hier neue politische Steuerungsstrukturen ermöglichen werden, die sowohl der Notwendigkeit, schneller und flexibler zu werden, als auch der Bedeutung einer kommunalen, demokratisch legitimierten Steuerung des LVR-Krankenhausunternehmens gerecht werden wird.

Wesentliche Beschlüsse sind 2008 gefasst worden. Davon alleine ändert sich allerdings zurzeit erst mal nichts; denn neue Strukturen müssen gelebt werden. Das heißt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem in den LVR-Kliniken müssen dies als Verbesserung erfahren. Wir alle, Verwaltung wie Politik, sind Multiplikatoren dieser neuen Philosophie, und wir alle sind verantwortlich, dass diese Strukturen nun so umgesetzt werden, dass sie die Arbeit mit den psychisch erkrankten Menschen verbessern.

Ein gewaltiges Arbeitsprogramm ist damit für die nächsten Jahre in Auftrag gegeben: Regelwerke müssen angepasst werden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich in ihren neuen Aufgaben und Rollen zurechtfinden. Die Dringlichkeit zu Veränderungen ist groß, aber wir müssen auch immer darauf achten, dass diese Veränderungen auch menschengemäß bewältigt werden können.

Die Gestaltungsmehrheit hat deshalb in ihren Haushaltsanträgen drei Aspekte durch ihre Anträge in den Vordergrund gehoben, die den zuvor genannten Prozess unterstützend begleiten:

- Optimierung der Personalentwicklung und Personalausstattung in den LVR-Kliniken, zum Beispiel durch die Entlastung der Perso-

nalkostenbudgets der Kliniken um nicht refinanzierte Pensionslastenanteile,

- die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit durch Neukonzeption des Internetauftritts des LVR-Klinikverbundes und die
- weitere Förderung gemeindenaher, psychiatrischer Versorgungsstrukturen im Rheinland. Ich verweise auf die Anträge zur Erweiterung der SPZ-Förderung, die Etablierung eines weiteren SPKom, das Anreizprogramm zur Gerontopsychiatrischen Beratung oder die Optimierung der schwierigen Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe.

Wir investieren in die Zukunft der Kliniken des LVR. Wir investieren damit in Qualität für Menschen – und dafür steht der LVR.

Ganz persönlich ein Wort des Dankes an unsere umtriebiger bis an die persönliche Leistungsgrenze arbeitende LVR-Dezernentin Ulrike Lubek, ein „Import“ aus Westfalen,

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

der durch ihren großen persönlichen Einsatz alle Vorurteile gegenüber diesem Volksstamm Lügen straft.

(Allgemeine Heiterkeit)

Sicherlich auch eine Erfolgsstory ist die im Dezernat Soziales geleistete Arbeit. Mal eben still und ohne Aufhebens gut 200 Landesbedienstete in Sachen Versorgungsverwaltung zu ordentlichen Kommunalen umgemünzt – und siehe da, der Laden läuft.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

An dieser Stelle der Landesrätin sowie den beiden Fachbereichsleitern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen herzlichen Dank für die Abwicklung dieses reibungslosen Übergangs.

Ein weiterer politischer, fiskalischer und für die betroffenen Menschen gewinnbringender Erfolg ist die Beibehaltung der Zuständigkeit der Landschaftsverbände für das Betreute Wohnen; ein Erfolg, der ohne die in diesem Punkt reibungslose und gute Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik nicht möglich gewesen wäre.

Aber das ändert nichts an demografisch bedingten weiteren Fallzahlsteigerungen. Diese können auf Dauer nicht allein durch die Kommunen getragen werden. Ähnlich wie im Bereich der Kindertagesstätten muss hier der Bund in die Pflicht genommen werden, um die finanzielle Belastung mit zu schultern.

Daher haben wir eben die entsprechende Resolution verabschiedet – im Interesse der Menschen, im Interesse der Qualitätssicherung und im Interesse der finanzierenden Kommunen. Ich hoffe sehr, dass diese Resolution ihre Wirkung in Berlin entfalten wird.

Am Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, eine kleine Bilanz der Arbeit der Gestaltungsmehrheit.

Ich komme zunächst zu den Sachen, die wir versprochen, aber nicht gehalten haben.

(Der Redner legt eine kurze Pause ein – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das kann doch gar nicht sein! Da ist nichts! – Heiterkeit bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

– Ich finde leider nichts.

Es folgen eingelöste Versprechen:

- Die Umlage ist – trotz steigender Fallzahlen in der Sozialhilfe – stabil geblieben.
- Das Personalkostenbudget ist auf dem festgeschriebenen Level gehalten worden.
- Die LVR-Kliniken sind nahezu „fit gemacht für die Zukunft“. Die noch ausstehenden Konkretisierungsbeschlüsse werden in naher Zukunft gefasst. Und das – aus Sicht der SPD-Fraktion von außerordentlicher Wichtigkeit – in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft!
- Die Angebote für das selbstständige Wohnen sind in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut worden; ein Erfolg für die betroffenen Menschen, deren Autonomie gesteigert wird, und für die Kämmerin zugleich, die durch diese erfreuliche Entwicklung auch noch mit Kosteneinsparungen rechnen darf.
- Die HPH sind zu drei Netzwerken zusammengefasst, die Arbeitsabläufe und -organisation sind optimiert worden.
- Unsere eigenen heilpädagogischen Einrichtungen haben den Autonomisierungsprozess

ihrer Bewohnerinnen und Bewohner nicht nur begleitet, die von anderen Trägern geforderten Ziele sind dabei bei weitem überschritten worden.

- Im Bereich der Kulturarbeit ist ein Netzwerk entstanden, das die Idee der regionalen Verknüpfung der Kultur in neuem Glanz erscheinen lässt und in seiner Art einzigartig sein dürfte. Ich sage es gerne noch mal: ein für den LVR unschätzbare Wert, für die Menschen im Rheinland ein Garant für Stabilität und den Erhalt wichtiger kultureller Highlights.
- Im Schulbereich haben wir weiter konsequent an der Integration behinderter Schülerinnen und Schüler gearbeitet. Hier ist und bleibt es Ziel meiner Fraktion, langfristig eine nahezu 100-prozentige Integration zu erreichen.
- Im Bereich der Jugendarbeit haben wir weiterhin an der Integration – siehe oben – und Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen gearbeitet. Zusätzlich haben wir etwa mit der „Koordinierungsstelle Armut“ weitere wichtige Schritte getan, um „Qualität für Menschen“ auch für die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen erlebbar zu machen, denen es materiell nicht so gut geht!
- Im Bereich Umwelt und umweltbewusstes Bauen haben wir ein Gebäude- und Liegenschaftsmanagement aufgebaut, das auf Nachhaltigkeit setzt und sich diesbezüglich einen weit über das Rheinland hinaus guten Ruf erarbeitet hat.

Abgesehen davon, dass wir auch personell an der Spitze mit dem LVR-Direktor und dem Vorsitzenden der Landschaftsversammlung außerordentlich gute Besetzungen vorgenommen haben – an dieser Stelle herzlichen Dank für die professionelle Vertretung der LVR-Spitzen nach außen und nach innen; insbesondere im Vergleich zur aktuellen Situation in Köln, Herr Heidrich –, könnte ich die Liste der Erfolge der Gestaltungsmehrheit in der ablaufenden Periode lange fortsetzen. In Erfüllung auch meiner Fürsorgepflicht gegenüber den Kollegen der CDU will ich es aber jetzt zunächst einmal gut sein lassen.

(Heiterkeit bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Danke vor allem auch an unsere Partner in der Gestaltungsmehrheit, das heißt an die FDP-Fraktion, an Die Grünen, mit denen wir all dies gemeinsam geschafft haben.

Bleibt abschließend ein herzliches Dankeschön an die Erste Landesrätin Renate Hötte und ihr Team aus der Kämmerei, die es geschafft haben, uns einen Haushalt vorzulegen, der unseren politischen Zielen entspricht – und das in Zeiten von Rettungsschirmen und Grandfathering.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ihnen also herzlichen Dank, dass wir heute der vorgeschlagenen Stabilisierung zustimmen können und uns nicht gezwungen sehen, eine vorgeschlagene Erhöhung im Interesse unserer uns finanzierenden Mitgliedskörperschaften zurückholen zu müssen.

Ich weiß, das ist nicht allen Finanzexperten des LVR leicht gefallen. Viele glauben, in Anbetracht der Situation müsste – wie beim LWL in Westfalen – eine Anhebung der Umlage her. Wir haben das Vertrauen, dass Politik und Verwaltung gemeinsam bei stabiler Umlage die zentralen Aufgaben des LVR erfüllen können, ohne unsere Mitgliedskörperschaften zusätzlich zu belasten.

In diesem Sinne schaffen wir Qualität für Menschen. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat für Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Asch.

Frau Asch (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, in diesem Jahr finden Kommunalwahlen statt. Ob das am 30. August sein wird, am 27. September oder an irgendeinem anderen Tag, den diese Landesregierung im eigenen parteipolitischen Interesse auswürfeln wird: Fest steht, die Räte und Landkreise werden neu gewählt, und damit wird sich auch die Landschaftsversammlung neu zusammensetzen.

Dass heißt, an diesem Tag auch ein Stück Resümee zu ziehen: Fünf Jahre, die wir, die drei Fraktionen der Gestaltungsmehrheit, gestaltet haben; Resümee über eine Koalition, die hervorragend, die wunderbar zusammengearbeitet und sehr große Erfolge für diesen Verband erzielt hat.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Viele haben nicht geglaubt, dass diese Koalition jemals zustande kommen wird; noch weniger, dass sie die gesamte Wahlperiode über halten und eine so hervorragende Arbeit leisten wird. Aber ich bin mir sicher: Diese Koalition würde von der Bevölkerung mit einer satten Mehrheit wiedergewählt, wenn es denn Direktwahlen zu den Landschaftsverbänden gäbe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten herzlich danken, vor allen Dingen Dir, lieber Jürgen Rolle, und Dir, lieber Bernd Paßmann, für eure verlässliche und freundschaftliche Zusammenarbeit. Sie war der Garant dafür, dass wir diese gemeinsame Arbeit erfolgreich gestaltet haben.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch kurz – das sei mir erlaubt – jemand anderen danken, die sonst hier immer in der ersten Reihe saß, wo jetzt Ralf Klemm sitzt, nämlich unserer ehemaligen Geschäftsführerin Ulrike Kessing, die wir verabschiedet haben und die jetzt die Verwaltung bereichern wird. Sie war ein wichtiger Baustein dieser Koalition.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ich schließe den Dank an alle Dezernentinnen und Dezernenten für die stets gute und faire Zusammenarbeit an. Besonders möchte ich unserem LVR-Landesdirektor Harry Voigtsberger und seiner Stellvertreterin, Renate Hötte, danken. Ihr vertritt den Landschaftsverband hervorragend nach außen und nach innen und sucht immer den größtmöglichen Konsens. Das ist eine hervorragende professionelle Arbeit, die dem gesamten Verband zugute kommt. Daher noch einmal sehr herzlichen Dank an dieser Stelle auch von meiner Seite.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Ob die LVR-Koalition aus SPD, FDP und GRÜNEN zur Folie für andere Ebenen taugt, sei mal

dahin gestellt. Aber eines ist klar: dass wir einen nahezu perfekten Dreiklang in den vergangenen Jahren hingelegt haben; den Dreiklang aus Schulden abbauen, innovative Politik gestalten und unseren Mitglieds Körperschaften gerade auch finanziell ein verlässlicher Partner zu sein.

Zuerst aber, bevor ich mich den Erfolgen unserer inhaltlichen Arbeit zuwende, müssen wir uns mit dem ungeliebten Dauerbrenner der letzten Jahre auseinandersetzen, der gleichzeitig auch der Grund ist, weshalb über so vielen wichtigen Vorhaben des Landschaftsverbandes Rheinland ein Damoklesschwert schwebt: Das ist die Lage bei der WestLB und bei der NRW.Bank.

Wir haben heute Morgen Entscheidungen treffen müssen, die weitreichend sind. Ich denke, wir haben eine kluge Entscheidung getroffen. Wir müssen feststellen, dass das eines der traurigsten Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte ist, zu sehen, wie in ihrer Gier ungebremsste Manager das Geld der Steuerzahler verbrannt haben und verbrennen. Sie haben das Vertrauen der Menschen in die Wirtschaft und vor allem Hunderttausende Arbeitsplätze zerstört, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Fehlspekulationen haben die WestLB in die Schiefelage gebracht; die Weltbankkrise und das fehlende Geschäftsmodell bringen das Schiff nun fast zum Kentern. Aber als es noch Zeit war, den Rettungsanker zu werfen und neue strategische Partner zu finden, hat die Landesregierung auf stur geschaltet, und sie hat versagt, meine Damen und Herren.

Persönliche Eitelkeiten des Ministerpräsidenten, gepaart mit ebenso persönlichen Animositäten gegenüber dem potenziellen Vertragspartner Oettinger, haben die Lösung durch die Fusion der WestLB mit der LBBW verhindert, als es noch möglich war.

Jetzt hat man so lange gewartet, bis das Gefährt, die WestLB, deutliche Roststellen zeigt, und jetzt muss man es zu einem Spottpreis auf den Markt werfen.

Meine Damen und Herren, eine Bank sehendes Auges vor die Wand fahren zu lassen, um sie dann an den nächstbesten Investor zu verscher-

beln, ist nicht das Handeln eines ehrlichen Kaufmanns. Da wird öffentliches Eigentum an einen Investor, wahrscheinlich aus China oder Russland, verhökert. Herr Minister Linssen bittet ja geradezu um die nächste Heuschreckenplage.

Diese unverantwortliche Politik der Landesregierung hat die Landschaftsverbände und damit auch die Kreise und Kommunen bereits über 250 Millionen Euro gekostet. Mit jedem Tag, an dem dieses Trauerspiel weitergeht, wird weiter Geld vernichtet; Geld, das wir dringend für unsere Aufgaben brauchen würden.

Und es drohen weitere Verluste. Betroffen ist jetzt auch die NRW.Bank. Die Landschaftsverbände sollen einen Wertausgleich für den Teil der WestLB garantieren und dafür geradestehen, und gleichzeitig soll ihr Einfluss in der Bank über die WfA-Integration ins Bodenlose sinken.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Wir machen da nicht mit! Durch solche Maßnahmen wird konkret kommunales Vermögen vernichtet.

(Zustimmung bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir wissen, dass es auch anders geht. Wir wissen, dass eine SPD-geführte Landesregierung 1992 die WfA-Integration auf eine kommunalfreundliche Weise vorgenommen hat. Sie hat nämlich diese Integration der WfA in die damalige Westdeutsche Landesbank vorgenommen, ohne die Landschaftsverbände zu marginalisieren. Ich erwarte vom Finanzminister dieser Landesregierung, dass er genau den gleichen kommunalfreundlichen Weg wählt und nicht das tut, was er bereits angekündigt hat, nämlich den Anteil der Landschaftsverbände auf einen 0,6-Prozent-Anteil zu reduzieren und damit kommunales Vermögen zu vernichten, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Herr Linssen ist auf die Vorschläge, die schon sehr frühzeitig, im Februar, von den beiden Landesdirektoren an ihn herangetragen wurden, nicht eingegangen. Das zeigt eines ganz deutlich. Er will offenbar die Landschaftsverbände aus der NRW.Bank heraus haben; denn er könnte uns sehr leicht aus der Wertgarantie entlassen. Bezahlen müsste das Land so oder so.

Wenn wir die Option ziehen, bedeutet das, dass die 700 Millionen Euro insgesamt vom Land getragen werden müssen. Wenn er uns von der Garantie freistellt, müsste er auch diese 700 Millionen Euro tragen. Das bedeutet: Für das Land wäre das Entgegenkommen den Landschaftsverbänden gegenüber ein Nullsummenspiel, aber uns würde es sehr deutlich in unseren Haushalten entlasten. Damit würde es auch die Kommunen entlasten.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Wenn das Land bei seiner starren Haltung bleibt – und es deutet im Moment nichts darauf hin, dass es anders sein wird –, dann heißt das ganz klar, dass die Landesregierung zum wiederholten Male kommunalfeindlich agiert. Die Beispiele hat Herr Prof. Dr. Rolle in seiner Rede ja bereits angeführt, an wie vielen Punkten sie sich schon bisher kommunalfeindlich in ihren Beschlüssen gezeigt hat.

Ich bin sehr froh, meine Damen und Herren, dass wir in dieser Frage der NRW.Bank sehr einvernehmlich auch mit der großen Oppositionsfraktion, der CDU, agieren und dass die Landschaftsverbände klar gemacht haben, dass sie sich nicht nötigen lassen, weitere kommunale Mittel zur Rettung der WestLB und für die Garantieerklärung gegenüber der NRW.Bank einzusetzen.

Ich glaube, wir haben heute Morgen klug entschieden, weil wir für jeden anderen Weg nicht das Verständnis der uns tragenden Mitgliederverschaften bekommen hätten. Wir haben heute Morgen entschieden, dass wir einerseits, wenn es nötig ist, die notwendige Reißleine ziehen, haben aber andererseits noch mal Spielraum zum Nachverhandlungen mit der Landesregierung gewonnen.

Wir Landschaftsverbände – und das ist klar – müssen alle Verluste, die uns über die WestLB oder über die Garantie in Bezug auf die NRW.Bank entstehen, über die Umlage bezahlen. Das können wir uns nicht leisten, und wir wollen auch nicht das Land auf diese Art und Weise aus der Verantwortung entlassen; denn das würde unsere gesamte Konsolidierungsarbeit im Haushalt zur Makulatur werden lassen. Und diese Haushaltsgestaltung kann sich ja nun wirklich sehen lassen.

Erinnern wir uns, wie wir als Gestaltungsmehrheit hier nach dem Ende der letzten Wahlperiode angefangen haben. Da hat die CDU lustig die Umlage hoch und runter hüpfen lassen, und am Ende, in 2004, ist sie dann bei 17,3 Umlagepunkten gelandet. Wir haben erreicht, dass die Mitgliedskörperschaften deutlich entlastet wurden, und sind jetzt bei 15,85 Prozentpunkten gelandet. Dieses kann sich wirklich sehen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten unser Versprechen, den Kommunen ein verlässlicher Partner zu sein. Wir haben es auch in diesem Jahr wieder geschafft, die Umlage stabil zu halten – trotz der Krise der WestLB und trotz der Krise der NRW.Bank.

Möglich wurde dies, weil wir seit vier Jahren gemeinsam mit der Verwaltung einen Weg eingeschlagen haben, der durch den Dreiklang von Umlagestabilität, maßvollem Schuldenabbau und die Gestaltung der zukunftsfähigen Strukturen geprägt ist. Diesen Weg wollen wir jetzt auch in diesem Haushaltsjahr weiter beschreiten.

Die Fakten dazu sind: Wir haben die Schulden von 2005 bis heute um 173 Millionen Euro gesenkt. Das ist nachhaltiges Wirtschaften, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir haben dadurch erreicht, dass wir jährlich sechs Millionen Euro Zinsen weniger zahlen müssen. Die Umlage haben wir von den 17,3 Prozent, mit denen wir sie übernommen haben, bis heute auf 15,85 Prozentpunkte senken können.

Bleibt festzustellen: Der Landschaftsverband ist gut aufgestellt und wird auch die schweren Anforderungen, die auf uns alle, auf die gesamte kommunale Familie, zukommen werden, gut meistern. Wir sind gewiss, dass sich die regionale Selbstverwaltung auch in stürmischem Fahrwasser bewähren wird.

Meine Damen und Herren, ein wesentlicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung liegt im Begrenzen des Anstiegs der Fallzahlen in der Eingliederungshilfe. Das ist der größte Haushaltsbereich, den wir zu schultern haben.

Wir handeln getreu dem Motto: „Wir nehmen Geld in die Hand, um Geld zu sparen.“ Wir im Rheinland sind bundesweit Vorreiter in der Trendumkehr im Heimbereich. Schon im Sommer 2006 hat im Rheinland der Abbau von Heimplätzen begonnen. Meine Damen und Herren, damit sind wir vorbildlich in der gesamten Bundesrepublik.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir haben es geschafft, dass im Rheinland bei den Leistungen für Menschen mit Behinderungen ein radikaler Umdenkprozess in Gang gekommen ist:

Die Philosophie „Der Mensch ist nicht mehr Objekt der Fürsorge, sondern steuerndes Subjekt“ hat in den Amtsstuben des LVR Einzug gehalten. Bundesweit wegweisend wurde mit Hilfeplanverfahren, Hilfeplankonferenzen und einem personenbezogenem Fallmanagement ein neues System der Steuerung aufgebaut.

Diese gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates 7 wurde auch durch die Entscheidung des Ministers Herrn Laumann, die Landschaftsverbände dauerhaft mit dem selbstständigen Wohnen zu betrauen, honoriert.

Ich möchte an dieser Stelle herzlich unserer Dezernentin Martina Hoffmann-Badache danken, die mit ihrer Professionalität, auch mit ihrer Überzeugungskraft und mit ihrem Verhandlungsgeschick maßgeblich zu diesem Ergebnis beigetragen hat. Herzlichen Dank, Martina Hoffmann-Badache, für diese Arbeit.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Die ambulante Unterstützung von Menschen mit Behinderungen wurde neu gestaltet zu einer am individuellen Bedarf zu bemessenden Leistung. Wir haben von der Verwaltung immer gefordert, diese neuen Wege gemeinsam mit den Betroffenen, mit ihren Familien und den Verbänden der Wohlfahrtspflege zu gehen, und dies durch unsere Beschlüsse dokumentiert.

Die besten Beweise für den Erfolg unserer Strategie:

- Die KoKoBes und SPZs in Trägerschaft der Verbände leisten einen unverzichtbaren Beitrag in dem Umsteuerungsprozess.
- Zwei Rahmenzielvereinbarungen mit den Wohnheimträgern und eine Rahmenzielvereinbarung mit den Werkstatträgern.

Auch das ist bundesweit einmalig!!

Meine Damen und Herren, ein weiteres Reformprojekt haben wir im Gesundheitsbereich auf den Weg gebracht. Ein wesentliches Ziel der Gestaltungsmehrheit ist es, die LVR-Kliniken zukunftsfähig zu machen. Wir werden das bis zum Ende der Wahlperiode abschließen können. Keine Sorge, Herr Heidrich; wir werden auch die politische Steuerung natürlich auf den Weg bringen. Wir werden das gesamte Projekt – das kann ich Ihnen versprechen – bis zum Ende der Wahlperiode abschließen. Wir sind auf einem sehr guten Weg.

Wir haben wesentliche Grundsatzentscheidungen bereits getroffen: Die Krankenhäuser werden nicht privatisiert. Ich möchte das noch einmal betonen, weil das wirklich eine wesentliche Leistung ist, die wir im Gesundheitsbereich gemeinsam mit allen Fraktionen auf den Weg gebracht haben, vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass in den meisten anderen Bundesländern ein anderer Weg gegangen wurde. In den meisten anderen Bundesländern wurden die psychiatrischen Kliniken an die großen Ketten, an die privaten Krankenhausträger, verhökert. Wir haben uns entschieden – vor allem auch im Interesse unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch in der Verantwortung für die Patientinnen –, die Kliniken in unserer eigenen Trägerschaft in modernisierter Form weiter zu erhalten. Ich denke, meine Damen und Herren, das ist eine der weit reichendsten Entscheidungen, die wir in dieser Wahlperiode gemeinsam getroffen haben.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir wollen die Kliniken weiter in unserer Trägerschaft haben, aber in ihrer Rechtsform modernisieren. Hierzu gehören bessere Gestaltungsmöglichkeiten für die Kliniken vor Ort, mehr Eigenverantwortung und kürzere Entscheidungsprozesse in Politik wie Verwaltung.

Um dauerhaft eine gute gemeindenahe psychiatrische Versorgung anbieten zu können, bleiben

wir nicht bei den bisherigen Organisationsstrukturen stehen, sondern nehmen das Krankenhaus, aber auch die Versorgungsstruktur in der Region in den Blick.

Zwei Kliniken haben inzwischen Zielplanungen vorgelegt, mit denen sie ihre baulich-konzeptionelle Entwicklung beschreiben. Die anderen Kliniken müssen folgen. Nur so ist sichergestellt, dass der Landschaftsverband in zukunftsfähige Strukturen investiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das waren Beispiele, wie Veränderungen gemeinsam mit den Betroffenen und auf solider finanzieller Grundlage auf die Schiene gesetzt werden können.

Wie man es nicht machen soll, hat uns die Landesregierung am Beispiel der Kindergartengesetzgebung, des sogenannten Kinderbildungsgesetzes, gezeigt; dieses Gesetzes, das den Etikettenschwindel ja bereits im Namen trägt.

Uns als Landschaftsverbänden bleibt jetzt nichts anderes, als Schadensbegrenzung zu betreiben. So ist es eine der Hauptaufgaben in der Kinder- und Jugendpolitik, das unzulängliche und unterfinanzierte Landesgesetz so umzusetzen, dass die Qualität in den Einrichtungen nicht auf der Strecke bleibt, meine Damen und Herren. Wir wissen, dass wir damit einen der wichtigsten Bereiche für diese Gesellschaft, nämlich den Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, gestalten und dass wir Korrekturen an der unzulänglichen Politik der Landesregierung vornehmen.

Wir mussten das Landesjugendamt massiv unterstützen, damit es den Beratungs- und Bearbeitungserfordernissen, die über das Gesetz entstehen, überhaupt nachkommen konnte. Hier ist in den letzten Jahren viel Arbeit auf unsere Verwaltung zugekommen.

Ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen herzlichen Dank für ihr großes Engagement aussprechen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Für uns, meine Damen und Herren, ist auch im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik – wie überall beim LVR – die Durchsetzung hoher fach-

licher Standards wichtig. Gemeinsam mit dem Landesjugendamt hat die Politik daher eine qualitativ hoch stehende Betreuung auch in privatgewerblichen Kindertageseinrichtungen erreichen können.

Meine Damen und Herren, wir schauen aber nicht nur nach vorne; wir schauen auch zurück. So ist es uns ein gemeinsames Anliegen gewesen, gewissermaßen als Nachfolgeprojekt für die „Rosen für Lidice“ ein Jugendversöhnungsprojekt in Sant' Anna di Stazzema auf den Weg zu bringen; in Sant' Anna di Stazzema, wo 1944 deutsche Truppen ein Massaker an der Zivilbevölkerung verübten.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Beschäftigung mit den ehemaligen Heimkindern. Vielen Menschen wurde in Einrichtungen, die damals unter Aufsicht des LVR standen oder sich in der eigenen Trägerschaft des LVR befanden, großes Unrecht getan. Sie wurden oft für ihr Leben gezeichnet.

Im letzten Jahr haben wir deshalb vereinbart, dass der LVR ein großes Forschungsprojekt hierzu anstößt.

(Paßmann, FDP: Zehn Jahre zu spät!)

Erste Ergebnisse werden auf einer Fachtagung am 30. April veröffentlicht und diskutiert. Damit so etwas nie wieder passiert, werden an unseren Einrichtungen künftig Ombudsleute ihre Arbeit aufnehmen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, beim Thema Kinder darf natürlich ein wichtiger Aspekt, der heute Morgen schon verschiedentlich benannt wurde, nicht fehlen. Das ist das Thema Inklusion. Die Gleichbehandlung von Kindern mit Behinderung und Kindern ohne Behinderung in allen Lebensbereichen ist eines unserer großen politischen Ziele. Unterstützung erhoffen wir uns dabei von der im Dezember 2006 verabschiedeten UN-Konvention, mit deren inhaltlichen Vorgaben wir uns in nächster Zeit noch intensiver beschäftigen werden.

Dazu gehört natürlich auch die gemeinsame Erziehung und Betreuung in Kindergarten und Schule. Wir haben mit Modellprojekten die Teil-

habe von Kindern mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen, in Regeleinrichtungen gefördert. Wir wollen letztendlich eine institutionelle Umsetzung des gleichen Rechts auf Betreuung und Bildung für alle Kinder, ob mit Behinderung oder ohne Behinderung.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, wir wissen alle: Am meisten Strahlkraft in die Region, ins Land hinein entfaltet der Landschaftsverband durch sein kulturelles Engagement und insbesondere durch unsere Museen. Wenn wir uns jetzt die LVR-Museumslandschaft ansehen, können wir sagen: Wir haben in den letzten Jahren ganz schön zugelegt.

Das Römer-Museum in Xanten ist im ersten Jahr seines Bestehens ein Besuchermagnet ohnegleichen geworden. Zusammen mit dem Archäologischen Park – auch hier werden wir die Attraktivität in den kommenden Jahren weiter steigern – hat der LVR hier ein Bildungs- und Besucherziel von hohem Rang geschaffen. Wir sind froh, dass dank der Umgehungsstraße zumindest beim APX mittlerweile zusammenwächst, was zusammengehört.

Ein Juwel im Reigen unserer Museen ist natürlich auch das Max-Ernst-Museum. Ich denke, wir können froh und stolz sein, Träger eines solchen Museums, eines solchen Juwels mit international hoher Reputation zu sein.

Ich bin persönlich froh, dass wir nach der Verweigerung der CDU in der letzten Wahlperiode, das Besuchsprogramm für Zwangsarbeiterinnen ins Leben zu rufen, das jetzt erreichen konnten. Wir haben einige der wenigen noch überlebenden Zwangsarbeiterinnen ins Rheinland einladen können. Es wurden enge Kontakte geknüpft, beispielsweise in die Ukraine, die wir noch weiter ausbauen wollen.

Und auch die im letzten Jahr eröffnete Gedenkstätte in der Abtei Brauweiler steht für den von uns ausdrücklich gewünschten offenen Umgang mit der dunklen Seite unserer Geschichte. An diesem heute ja so prachtvoll glänzendem Ort erinnern wir an das Leid der Menschen, die hier von der Gestapo gefangen gehalten und gequält wurden.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, der Landschaftsverband hat in vielen Bereichen die Nase vorn, und er hat auch die Nase vorn beim Zukunftsthema Umwelt- und Klimaschutz. Wir GRÜNEN freuen uns natürlich, dass nun auch die anderen Parteien sich den Umweltschutz auf die Fahnen und in die Wahlprogramme geschrieben haben. Allein, Papier ist geduldig. Der Klimawandel verlangt Taten von uns allen, und zwar rasche Taten.

Wir haben in den letzten Jahren zusammen mit unseren Koalitionspartnern dem LVR ein umfassendes CO₂-Senkungsprogramm auferlegt mit dem Ziel, jedes Jahr weitere fünf Prozent Senkung zu erreichen. Wir haben für Neubauten den Passivhausstandard festgelegt und Photovoltaikanlagen installieren lassen – was nicht immer leicht war.

Wir rüsten den Fuhrpark um und haben die Ausschreibung für Ökostrom auf den Weg gebracht. In unseren Kliniken werden künftig auch Nahrungsmittel aus kontrolliert-biologischem Anbau verwendet.

Wir werden bis 2012 – so unser aktueller Haushaltsantrag – die zehn ineffizientesten Energieverbraucher energetisch sanieren. Bei den Neubauten, die durch das Konjunkturpaket II realisiert werden, sind Passivhausstandard und Photovoltaik vorgesehen.

Das ist ein weiterer Erfolg der Gestaltungsmehrheit. Ich kenne bisher kein Paket in den Kommunen, kein Konjunkturpaket, das so konsequent bei den großen Bauvorhaben die höchsten energetischen Standards anwenden wird. Und ich denke, darauf, dass wir das tun, können wir alle miteinander stolz sein.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bei der Aufstellung und der Bearbeitung des Etatentwurfs beteiligt waren, herzlich bedanken für ihre Mühe. Ein ganz besonderer Dank geht natürlich an die LVR-Dezernentin und Kämmerin, Renate Hötte. Wir bedanken uns für die sehr fachliche professionelle Begleitung.

Wir als Gestaltungsmehrheit können zufrieden feststellen: Nach fünf Jahren überaus erfolgreicher Arbeit hinterlassen wir ein bestens, ein hervorragend bestelltes Haus. Mit dem von uns berufenen Direktor und den Dezernenten haben wir ein hoch professionelles Team an der Spitze, das den Landschaftsverband Rheinland erfolgreich führt.

Dass das die Opposition genauso sieht und dass sie es gut findet, wie wir den Haushalt gestalten, dokumentiert sie mit ihrer Zustimmung zu unserem Haushalt. Auch darüber können wir froh sein, dass wir ein deutliches Zeichen der Geschlossenheit nach außen hin abgeben. Das ist in diesen Tagen besonders wichtig.

Wir waren und sind den Kommunen ein verlässlicher Partner. Wir haben für die uns anvertrauten Menschen viel gestaltet und erreicht. Ich hoffe, dass wir diese erfolgreiche Politik auch in der kommenden Wahlperiode fortführen können.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP – Frau Beck,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, übergibt
Frau Asch einen Blumenstrauß – Er-
staunte allgemeine Zurufe)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren, die Erläuterung zum Blumenstrauß hat mir Frau Beck vorher gegeben, da es sich um die vermutlich – man weiß das ja in der Politik nie – oder bis auf Weiteres letzte Rede von Frau Asch in der Landschaftsversammlung handelte –

(Zweifelnde Zurufe aus
den anderen Fraktionen)

– ja, you never know it –,

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜ-
NEN: Meine Entscheidung steht!)

war darum gebeten worden, das zu ermöglichen. Das ist ja selbstverständlich.

Für FDP spricht jetzt der Kollege Effertz.

Effertz (FDP): „Von jetzt an werde ich nur soviel ausgeben, wie ich einnehme – und wenn ich mir dafür Geld borgen muss!“

(Allgemeine Heiterkeit)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Wilhelm, Herr LVR-Direktor Voigtsberger, liebe Erste Landesrätin und Kämmerin Renate Hötte, meine Damen und Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Raunen wegen der langen Anrede)

„Von jetzt an werde ich nur soviel ausgeben, wie ich einnehme – und wenn ich mir dafür Geld borgen muss!“ Das sagte einst Mark Twain.

Und bei allem Schmunzeln verfährt doch die Politik seit Jahren genauso. Immer wieder geben Politiker mehr Geld aus, als sie einnehmen. Und warum? Weil sie es können. Gerade die Große Koalition in Berlin ist da ein Vorreiter.

Wir blicken auf gute konjunkturelle Jahre zurück, und trotzdem hat die Große Koalition immer mehr Geld ausgegeben, als sie eingenommen hat. Die Jahre, in denen die Steuertöpfe voll liefen, in Berlin blieben sie ungenutzt.

Ganz anders beim Landschaftsverband Rheinland. Als sich die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP nach der Kommunalwahl 2004 zusammenfanden, um gemeinsam die nächsten fünf Jahre zu regieren, stand für alle Finanzpolitiker dieser drei Fraktionen vor allem ein Ziel im Vordergrund: Konsolidierung. Ein wahres Wortmonster. Es entstammt dem Lateinischen und bedeutet so viel wie festmachen, sichern.

Für uns hieß das, das Bestehende sichern. Sowohl die fachliche Arbeit für Menschen mit Behinderung in allen Lebenslagen, die fachliche Arbeit in unseren Krankenhäusern, in unseren Schulen, und die fachliche Arbeit für die Kultur als auch die fachliche Arbeit für den Haushalt, den Haushalt zu sichern.

Wir wollten in diesen fünf Jahren nur soviel ausgeben, wie wir einnehmen – ohne uns dafür Geld zu borgen. Zugegeben: Zum einen waren wir in einer guten konjunkturellen Gesamtsituation, zum anderen haben wir das Glück, aber damit verbunden auch die Verantwortung, unsere Einnahmen selbst zu beschließen. Und da kommt wieder das Wort Konsolidierung ins Spiel: festmachen, sichern.

Das zweite große Ziel unserer Arbeit war und ist es auch in diesem Haushalt, die Umlage stabil

zu halten. Wir haben mit unserem Haushaltsbegleitbeschluss schon 2005 beschlossen, dass der Hebesatz über die gesamte Wahlperiode nicht angehoben wird. Ein großes Ziel – und manch einer von uns hat auch an der Machbarkeit gezweifelt. Gerade in den letzten Wochen und Monaten schien dieses Ziel fast nicht zu erreichen.

Wir schließen tatsächlich auch diesen Haushalt mit einem Defizit von 29 Millionen Euro ab. Doch wir werden dieses Defizit durch die Ausgleichsrücklage decken können und so nicht die Kommunen über Gebühr belasten.

Die Ausgleichsrücklage hat aber auch nur 187 Millionen Euro. Das können wir nicht oft machen.

Wir können aber auch in dieser Situation nicht die Kommunen über Gebühr belasten. Wir kennen doch alle die Situation vor Ort: Die Gewerbesteuererinnahmen brechen weg. Die Finanzkrise, zu einer echten Wirtschaftskrise angewachsen, schlägt bei den Städten und Gemeinden voll rein. Jetzt brauchen unsere Mitgliedskörperschaften vertrauensvolle und starke Partner. Der LVR ist einer.

Neben der Sicherung der fachlichen Arbeit, neben der Sicherung der Umlage gab es ein drittes großes Ziel natürlich für die Finanzpolitiker: den Abbau der Schulden. Als wir die Gestaltungsmehrheit übernahmen, hatte der Landschaftsverband Rheinland 711 Millionen Euro Schulden, so viele Schulden wie noch nie in seiner Geschichte.

Als Koalition beschlossen wir damals, diesen Berg abzutragen – Stück für Stück, zum Wohle unserer Mitgliedskörperschaften, zum Wohle der nächsten Generationen. Damals zahlten wir allein 34 Millionen Euro an Zinsen! Das durfte so nicht bleiben. Wir hatten also drei wirklich große Ziele für unsere Regierungszeit.

Heute ist es auch Zeit, Bilanz zu ziehen. Wir verabschieden den letzten Haushalt in dieser Wahlperiode. Was haben wir also erreicht?

Der Umlagehebesatz: Wir haben ihn nahezu jedes Jahr gesenkt – von 17,3 in 2005 auf heute 15,85 %. Wir haben das Ziel erreicht!

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Schuldenberg: 2005 so hoch, wie noch nie. 711 Millionen Euro. Heute: Mit diesem Haushaltsplan sind es 538 Millionen Euro. Immer noch zu viel. Doch ich habe mir mal den Schuldenstand der letzten 15 Jahre angesehen. Weniger waren es noch nie. Wir haben den Schuldenberg erheblich abgetragen und können stolz auf uns sein. Wir haben das Ziel erreicht!

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die fachliche Arbeit für Menschen mit Behinderungen: Die Fallzahlen steigen ungebremst und damit auch die sozialen Leistungen. Schon heute zeigt der Etat des LVR rund 88 Prozent soziale Leistungen. Deshalb haben natürlich auch wir eben der Resolution zum Bundesteilhabegesetz zugestimmt. Diese Aufgaben der Eingliederungshilfe können nicht allein durch die kommunale Familie gestemmt werden. Das ist eine wirklich gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und hier ist auch der Bund in der Pflicht.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Im LVR konkret haben wir uns dieser Aufgabe schon vor ein paar Jahren gestellt, und so konnten wir den rasanten Anstieg der stationären Betten wegen steigender Fallzahlen stoppen. Wir haben durch diverse Anreizprogramme mehr Menschen ins ambulant betreute Wohnen bringen können als alle anderen Institutionen in Deutschland. „Ambulant vor stationär“ ist in erster Linie ein Erfolg für die Menschen, die es betrifft.

Und wir arbeiten weiter daran. Durch unseren Antrag in diesem Haushalt werden weitere 20 Prozent der Plätze bis 2011 abgebaut.

Das ist für unsere Heime keine leichte Aufgabe. Wenn wir uns die Wirtschaftspläne der HPH-Netze mal ansehen, dann fällt jedoch ins Auge, dass sie alle hervorragend gewirtschaftet haben. Trotz des massiven Platzabbaus ist es den kaufmännischen und fachlichen Direktoren unserer Heime gelungen, positiv ausgeglichene Wirtschaftspläne zu erarbeiten.

Sie haben mit uns aus der Politik am selben Strang und in dieselbe Richtung gezogen. Sie haben den bisherigen Platzabbau verarbeiten

können und sind fest entschlossen, auch in Zukunft mit uns an diesem Strang zu ziehen.

Wir haben die Kommission Zukunftssicherung der Rheinischen Kliniken ins Leben gerufen. Wir wollen unsere Kliniken fachlich sichern und finanziell zukunftsfähig machen. Das wollen wir vor allem durch die Änderungen von Strukturen. Wir wollen die Strukturen so schaffen, dass unsere fachlich guten Kliniken auch weiterhin wirtschaftlich bestehen können.

Durch unsere diesjährigen Anträge sichern wir also unsere Arbeit in all diesen Bereichen. Und wir bauen sie aus. Der Aufbau eines regionalen Krisendienstes, Familienpatenschaften, Probewohnen – alles Beispiele für diese gute fachliche Arbeit.

Im Bereich der Schulen wollen wir mehr Integration von Kindern mit Behinderung in Regelschulen. Wir wollen eine individuelle Bildungsplanung von Anfang an, eine Berufspraxisstufe auch für unsere Schüler. Wir wollen die Qualität der offenen Ganztagschule erhalten, die Berufsvorbereitung verbessern. Wir wollen, dass unsere Schüler eine Chance haben – auch auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Im Bereich Kultur bilden wir Netzwerke, um die hohe fachliche Kompetenz des LVR zu erhalten. Von diesen Netzwerken profitiert zuerst der Bürger. Und das war unser Ziel. Hier können wir echte Synergien nutzen. In Zusammenarbeit mit lokalen Kultureinrichtungen, mit den Städten und Kreisen haben wir die Chance, insgesamt zum einen unsere kulturpolitischen Ziele zu verwirklichen und gemeinsam viel mehr für die Kultur zu tun, als es jeder Einzelne gekonnt hätte.

Darüber hinaus wollen wir unsere Museen für Bewohner unserer Heilpädagogischen Heime und unserer Kliniken, für Schüler unserer Schulen weiter öffnen. Der kostenlose Eintritt für Schulklassen sollte eigentlich selbstverständlich sein. Jetzt ist er beschlossen.

Sie sehen: Wir haben das Ziel erreicht!

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die fachliche Arbeit im LVR ist in all diesen Bereichen wirklich gut. Und das ist nur möglich, weil unsere Mitarbeiter in den Heimen, in den Klini-

ken, in den Schulen, in den Museen und auch in der Stammverwaltung so engagiert mitarbeiten. Wir sind nur so gut, weil wir so qualifizierte Mitarbeiter haben. Und deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass wir auch mit diesem Haushalt die Ausbildungs- und Qualifizierungsquote halten. Auch in schwierigen Zeiten.

Wir bauen die Volontariate weiter aus und halten am so erfolgreichen Traineeprogramm fest. Wir haben die Verwaltung beauftragt, das bestehende Personalentwicklungskonzept zu erweitern und dabei besonders folgende Punkte zu berücksichtigen: Gesundheitsprävention für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, verlängerte Arbeitszeiten, Ausbau von Stellenperspektiven im Zusammenspiel von Personalgewinnung und Personalentwicklung; denn nur motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagieren sich auch schon mal über das absolut Notwendige hinaus. Doch gerade dieses Engagement ist so wichtig für die gute Arbeit des LVR.

Deshalb danke ich im Namen der FDP-Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Leistung.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Arbeit, ja der gesamte LVR kann das nur leisten, wenn wir dafür die nötigen Finanzmittel haben. Und jetzt wird es spannend; denn seit Bestehen des Landschaftsverbandes finanzieren wir uns zum einen aus Schlüsselzuweisungen und zum anderen durch die Umlage.

1954 wurde der Finanzbedarf noch zu 44 Prozent aus Schlüsselzuweisungen gedeckt. Heute sind es gerade noch 11,3 Prozent. Das heißt: Der Landschaftsverband Rheinland wird ganz überwiegend und zunehmend durch die Mitglieds-körperschaften, durch die Kreise und Städte finanziert. Deshalb ist ein sensibler Umgang mit den Finanzmitteln so geboten. Denn: Nichts gebe ich so leicht aus wie das Geld anderer Leute.

Wir müssen uns bei jeder Aufgabe immer fragen: Kann ich das den Kommunen gegenüber verantworten? Kann ich, wie im letzten Jahr geschehen, beispielsweise einen kleinen Überschuss erwirtschaften und ihn zur Tilgung von Krediten einsetzen? Ja, denn damit sichere ich die Umlage in der Zukunft. Schuldentilgung ist Umlagesenkung in der Zukunft!

Anders bei der Frage nach einer Beteiligung an Unternehmen oder Banken. Beispiel NRW.Bank: Wir haben heute schon mehrfach etwas davon gehört. Wir haben dort für den Wert der WestLB anteilig garantiert. Nun weiß jeder, dass diese Werte wohl nicht mehr realisierbar sind. Läuft alles gut, passiert nichts. Im Worst Case dagegen reden wir über 388 Millionen Euro plus Zinsen. Das sind mal locker vier Prozent Umlagehebesatz.

Jetzt gibt es die Möglichkeit, aus dieser Haftung entlassen zu werden, und wir stehen vor der Frage: Können wir es vertreten, in der NRW.Bank zu bleiben und den möglichen Verlust dann über die Umlage von den Kommunen einzufordern?

Hierzu sage ich klar und entschieden NEIN! Das kann ich nicht verantworten. Wenn ich die Chance habe, die Kommunen vor diesem Worst Case zu schützen, in dem ich mich aus meiner Beteiligung zurückziehe, dann muss ich mich auch aus dieser Beteiligung zurückziehen – zum Wohle der Städte und Kreise.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Hier danke ich vor allem dem LVR-Direktor Harry Voigtsberger und der Ersten Landesrätin Renate Hötte für ihre Arbeit. Gerade in den letzten Tagen, Wochen, Monaten hörten wir nur Krisensitzung, Krisensitzung, Rettungsschirm. Sie haben uns immer kurzfristig informiert und in die Entscheidungsfindung eingebunden sowie beraten. Und das alles immer zum Wohle des Landschaftsverbandes. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte zum Ende noch zwei Menschen danken, ohne die diese Koalition nicht so erfolgreich gearbeitet hätte: Prof. Dr. Jürgen Rolle und Andrea Asch. Ich weiß nicht, wo die zwei sind. Aber es ist auffällig, dass gerade beide weg sind.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich nenne die Kollegen ja auch nur stellvertretend für die Fraktionen. Ihr seid also alle angesprochen.

Es war eine schöne Zusammenarbeit, und wir haben es immer wieder geschafft, sachliche Auseinandersetzungen auf der sachlichen Ebene zu führen und bei Differenzen einen Kompromiss zu finden. Häufig sah dieser Kompromiss am Ende sogar besser aus als jede einzelne Forderung.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Heute verabschieden wir den letzten Haushalt in dieser Wahlperiode, und alle vier Fraktionen werden diesem Haushalt zustimmen – auch die CDU. Das freut mich sehr;

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

denn es zeigt am Ende ja auch die Gesamtverantwortung aller fürs große Ganze. Da kann sich keiner drücken.

Herr Heidrich, Sie haben es angesprochen: Wir haben in den Fachausschüssen konstruktive Beratungen durchgeführt. Nur: Ich erinnere mich auch an die Haushalte der letzten Jahre; da war es ganz ähnlich, jedenfalls in meinen Ausschüssen. Im HPH-Ausschuss mit Klaus Rohde oder auch im Schulausschuss mit Herrn Tondorf haben wir wirklich konstruktiv gemeinsam zusammengearbeitet, auch Anträge der CDU übernommen. Aber dann haben Sie in der Landschaftsversammlung den gesamten Haushalt immer wieder abgelehnt und damit auch gegen Ihre eigenen Anträge gestimmt.

Umso schöner, dass jetzt ein kleiner Erkenntnisgewinn zu sehen ist und Sie am Ende, beim letzten Haushalt dieser Wahlperiode, die Kurve bekommen und wir gemeinsam für die Zukunft arbeiten können.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Denn hinter uns liegen ja sehr konstruktive Beratungen, zum Teil sogar harmonische. Vor uns liegt ein steiniger Weg, doch ein gutes Ziel rechtfertigt einen steinigen Weg.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Für die Gruppe Die Linke. spricht jetzt Herr Detjen.

Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ein paar dankende Worte als Kölner und auch als Fraktionsvorsitzender der Linken. im Kölner Rat zum Unglück am Stadtarchiv an die Verwaltung des Landschaftsverbandes richten: Vielen Dank, Frau Landesrätin Karabaic und ihrem Team von Restauratoren und den weiteren Helferinnen und Helfern des Landschaftsverbandes. Aber auch Dank an den Landschaftsverband Westfalen, der ebenfalls geholfen hat. Ich hoffe, Sie werden uns auch in den nächsten Jahren, so muss man ja sagen, weiter helfen. Das hoffe ich doch sehr.

Und vielen Dank, Herr Vorsitzender Wilhelm, für die Gründung eines Hilfsfonds für das Historische Archiv in Köln.

(Beifall der Gruppe Die Linke.)

Köln hat zwei Tote zu beklagen, zwei junge Männer aus einfachen Verhältnissen. Ich habe Frau Karabaic auf der Trauerveranstaltung am 17. März getroffen.

Köln hat aber auch den größten Verlust von Kulturgut seit dem Zweiten Weltkrieg zu beklagen. Köln wird sich neu finden müssen – in jeder Hinsicht. Die Stadt ist von der Rolle, kann man sagen.

Schon jetzt kann man sagen, dass Kommunen und kommunale Institutionen eine gute Verwaltung brauchen, die zielführend, aufmerksam und transparent arbeitet. Ausgliedern, privatisieren, so zum Beispiel Teile der Tiefbauverwaltung in Köln, kann tödlich wirken, diesmal im wahrsten Sinne des Wortes. – All das, meine Damen und Herren, macht sehr nachdenklich.

Ich bekomme ja mit, dass auch überörtliche Zeitungen berichten und auch sie diese Diskussionen verfolgen. Es bringt wenig, über Köln zu schmunzeln. Es ist klar, die Kölner haben einen gewissen Ruf. Aber hier sind Verfehlungen eingetreten, die auch andere Kommunen zum Teil

treffen können. Ich habe auf die Bauverwaltung hingewiesen.

Jetzt gehe ich über zu einem anderen Unglück: die Krise der NRW.Bank und der WestLB. Die Landesregierung NRW ist inzwischen so konfus, dass faktisch all ihre Sanierungsmodelle unrealistisch und nicht mehr umsetzbar sind.

(Zustimmung der Gruppe Die Linke.)

Es war eine Verbindung aus Größenwahn und Versäumnis von Marktliberalen wie Clement, Steinbrück und Rüttgers, die zuließ, dass die alte Westdeutsche Landesbank mit ihrem gemeinnützigen Auftrag in WestLB und NRW.Bank zerlegt wurde.

Die WestLB AG wurde in den Wettbewerb mit den Privaten geschickt und bekam praktisch den Auftrag, Spekulationsgewinne zu erzielen, um damit den Landeshaushalt zu sanieren – und das mit den bekannten fatalen Folgen.

Die NRW.Bank übernahm die ursprüngliche Aufgabe, als gemeinnützige Landesbank Fördergelder bereitzustellen und Strukturpolitik zu finanzieren. Die NRW.Bank behielt indes große Anteile an der WestLB, mit allen Risiken für ihre Eigner.

Die Landschaftsverbände und das Land NRW müssen für den 2005 fixierten Buchwert der WestLB-Anteile der NRW.Bank garantieren. 2,2 Milliarden Euro beträgt dieser Buchwert. Doch der reale Wert liegt inzwischen nur noch bei 300 Millionen Euro. Das bedeutet, dass alleine die Landschaftsverbände bei einem Eigentümerwechsel der WestLB jeweils 335 Millionen Euro an die NRW.Bank zahlen müssen. Diesen Eigentümerwechsel fordert die EU. Das Desaster, das wir in der letzten Haushaltsdebatte bereits vermuteten, ist damit eingetreten.

(Beifall der Gruppe Die Linke.)

Der Ausstiegsprozess aus der NRW.Bank, den der Landschaftsausschuss heute Morgen beschlossen hat, und der Eintausch in WestLB-Aktien ist ein richtiger Schritt, sich weiteren Verpflichtungen zu entziehen, und hat den Vorteil, dass der Landschaftsverband dann „nur“ noch bei der WestLB drin hängt.

Die Landesregierung dagegen will die Landschaftsverbände mit in ihre Krise reißen. Alle Parteien in der Landschaftsversammlung, auch

CDU und FDP, wollen das verhindern. Wir treten einem solchen Bündnis gegen die Landesregierung wohl bei, aber die Landschaftsverbände haben schon einen hohen Preis dafür gezahlt – das muss man auch mal feststellen –, der LVR insgesamt; bereits 267 Millionen Euro wurden in die WestLB gepumpt.

Wir möchten ausdrücklich davor warnen, den Schachzug mit der Direktbeteiligungsoption als genialen Befreiungsschlag zu sehen. Die damit erhöhte Direktbeteiligung an der WestLB AG vergrößert zwar nicht die „Durchgriffshaftung“ aus der Miteigentümergestellung in der WestLB AG, doch den Landschaftsverbänden bleibt ein Riesenproblem. Sie haften nämlich mit jeweils 11,75 Prozent für bilanzielle Verbindlichkeiten der WestLB in Höhe von fast 50 Milliarden Euro.

Aktuell in der Presse gemeldete Mutmaßungen über die Abwicklung der Bank bis 2013 lassen erahnen, welch gigantisches Problem über unseren beiden Verbänden noch hängt. Der WestLB-Chef Hilgert erklärte gestern auf der Bilanzpressekonferenz – ich zitiere –: „Es wird kein Blut auf der Straße geben.“ Wir werden sehen, ob das tatsächlich so ausgeht, wie er dies brutal beschreibt.

Die Linke findet es etwas leichtfertig, dass über die Risiken mit der WestLB nur lapidar in der Vorlage der Verwaltung berichtet wird. Dass die Verwaltung nicht alle Eventualitäten bei der Wirtschaftslage einschätzen kann, ist völlig klar, und das werfen wir ihr auch nicht vor. Wir meinen aber, dass die Landschaftsversammlung und alle Mitglieder der Landschaftsversammlung sich mit diesem Thema und mit den Hintergründen doch bitte intensiver auseinandersetzen sollten.

(Zustimmung der Gruppe Die Linke.)

Wir hätten es gut gefunden, wenn wir hier eine breitere Debatte geführt hätten. Das muss jeder wissen: Es kommen Riesenprobleme auf uns zu.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Landesdirektor, wir hatten in den letzten Jahren immer wieder angeregt, die RWE-Aktien zu verkaufen. 2007 hatte die Aktie noch einen Wert von 100 Euro. Zurzeit liegt die Aktie bei 50 Euro. Der Gesamtwert aller LVR-Aktien ist also von 180 Millionen Euro auf 90 Millionen Euro gesunken.

Die Verwaltung hat unseres Erachtens den kapitalen Fehler begangen, diese Aktien nicht rechtzeitig zu verkaufen.

(Zustimmung der Gruppe Die Linke.
– Zuruf: An die Heuschrecken!)

Das Argument war immer, die Dividende sei viel lukrativer.

Wie jetzt aus der Verwaltung zu erfahren war, wurden dann doch Aktien verkauft, aber zu spät – bei einem viel niedrigeren Kurs. Diese 180 Millionen Euro, meine Damen und Herren, für verkaufte RWE-Aktien wären ein wichtiger Betrag gewesen und könnten verschiedene Probleme des Landschaftsverbandes besser lösen, wenn das eingetreten wäre.

Die Linke. in der Landschaftsversammlung Rheinland hat drei Anträge für den Haushalt eingebracht, die die Nilpferd-Koalition, wie ich sie mal bezeichne, von Gestaltungsmehrheit und CDU ablehnen wird. Das ist bezeichnend und verdeutlicht, dass Sie mit Ihrem alten Kurs fortfahren wollen. Und wenn Ihre Bundesparteien jetzt die Soziale Marktwirtschaft hochhalten wollen, sollten Sie noch einmal nachlesen, ob das nicht ein Weg ist, der Ihnen vielleicht weiterhilft.

Da wäre zum Ersten unser Antrag, ein ganz bescheidener Antrag: Die Verwaltung möge prüfen, bei welchen Beteiligungsunternehmen des LVR nicht der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, sondern Tarifverträge der Privatwirtschaft gezahlt werden. Und verbunden mit dem Appell für eine einheitliche gute Bezahlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wer sich auskennt, weiß: Es geht um die Rheinland Kultur GmbH: Mein Kollege Roland Busche hat mit den Menschen vor Ort gesprochen. Die Beschäftigten verdienen ca. 25 Prozent weniger, als wenn sie im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes eingruppiert wären. Wir sind der Meinung: Das ist ein Unding.

(Zustimmung der Gruppe Die Linke.)

Zweites Beispiel: Wir beantragen, dass der Landschaftsverband die Beschäftigung von Ein-Euro-Kräften als Hausmeisterhelfer und Schulassistenten grundsätzlich ablehnt und stattdessen andere Fördermittel der Argen in Anspruch nimmt,

die ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis ermöglichen.

Auch diesen Antrag lehnen Sie ab, weil Sie Niedriglöhne befürworten und unwürdige Arbeitsverhältnisse offensichtlich für normal halten.

(Zustimmung der Gruppe Die Linke. –
Widerspruch bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Drittes Beispiel: Wir schlagen ein Kooperationskonzept vor, das konkrete Vorschläge entwickelt, wie Integrationsbetriebe in den Kommunen im Rheinland verstärkt eingesetzt werden können. Wir gehen davon aus, dass im Zuge der Finanzkrise mit ersten großen Entlassungswellen in den nächsten Monaten zu rechnen ist, die Einnahmen aus der Schwerbehindertenumlage zurückgehen werden und dass es die Integrationsbetriebe schwerer haben werden, sich zu stabilisieren.

Wir wollen mit den Kommunen ins Bündnis gehen und gegensteuern. Gerade im Bereich Ausbau des Schulsystems wären Integrationsbetriebe viel intensiver einsetzbar.

(Beifall der Gruppe Die Linke.)

Die Nilpferd-Koalition lehnt all diese Anträge ab und gibt damit unseres Erachtens ein drastisches Zeugnis ihrer unsozialen Politik.

(Zustimmung der Gruppe Die Linke.)

Es wäre daher inkonsequent, sich bei der Verabschiedung des Haushaltes zu enthalten. Auch Fehler in der Finanzpolitik der Verwaltung sprechen für eine Ablehnung des Haushaltes.

Die Stabilisierung und der Ausbau der Kliniken des Landschaftsverbandes sind ein wichtiges Standbein des Landschaftsverbandes. Mit Sorge betrachten wir, dass bei den psychiatrischen Kliniken der Personalschlüssel immer noch bei 70 bis 80 Prozent liegt – und nicht bei den erforderlichen 90 Prozent. Trotzdem nehme ich die wohlwollenden Worte von SPD und Grünen zur Kenntnis, dass sie einen Kurs der Privatisierung nicht einschlagen wollen. Ich glaube ihnen, aber es kann natürlich trotzdem sein, dass wir sie irgendwann mal beim Wort nehmen müssen.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Ich will die PDS in Berlin, die gnadenlos
alles privatisiert!)

Die Politik der Linken steht auf der Grundlage der UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte behinderter Menschen. Gestern ist die Konvention endlich auch in Deutschland in Kraft getreten. Wir nehmen diese Konvention ernst und wünschen uns, dass die Verwaltung dies ebenso tut.

Das UN-Menschenrechts-Übereinkommen mit seinen 50 Artikeln birgt ein erhebliches Potenzial und enthält eine erhebliche Sprengkraft. Der LVR sollte das Gesetz als Erfolg begreifen und sich zügig mit dessen hervorragenden Chancen auseinandersetzen. Die Diskussion in den Ausschüssen hat begonnen, und wir werden uns intensiv an dieser Diskussion beteiligen.

Da bietet etwa die verbindliche Forderung der Konvention nach gemeinsamem Unterricht die Gelegenheit, die besondere Erfahrung und das Wissen im LVR in neue inklusive Bildungskonzepte einzubringen.

Der LVR sollte sich von dem achtlos fahrlässigen Prinzip der Bundesregierung abgrenzen. Die Bundesregierung sagt nämlich – ich zitiere –: „Durch das Gesetz entsteht kein weiterer Vollzugsaufwand.“ Dem sollten wir gegensteuern und eine Politik entwickeln, wie wir diese UN-Menschenrechtskonvention mit Inhalt füllen. Ich freue mich auf die Diskussion über diesen Punkt.

Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall der Gruppe Die Linke.)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie erlauben mir die Bemerkung, dass Nilpferde sehr schön und schlau und nur als Einzelgänger gefährlich sind. In der Koalition und in der Familie jedoch sind sie sehr gesellig. Ich sehe also keinen Anlass, diese Begrifflichkeit zu rügen, wie mir zugerufen worden ist. Wieso eigentlich?

Gibt es weitere Wortmeldungen. – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum **Tagesordnungspunkt 7.1:**

Einwendungen gegen die Haushalts-satzung des Landschaftsverbandes für das Haushaltsjahr 2009

– Vorlage Nr. 12/4144 –

Der Landschaftsausschuss hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 26.03. beraten und einstimmig empfohlen, gemäß der Vorlage Nr. 12/4144 zu beschließen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Sie liegen mir nicht vor.

Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall – Enthaltungen? Zwei Stimmen der CDU – . Dann haben wir so **beschlossen**.

Anträge zum Haushalt

ist der **Tagesordnungspunkt 7.2.**

Meine Damen und Herren, in den heutigen Fraktionssitzungen wurde Ihnen die aktualisierte Aufstellung aller Anträge zum Haushalt 2009 ausgeteilt. Den Vertretern der Gruppe Die Linke. liegt diese ebenso vor. Die Aufstellung enthält das Beratungsergebnis des Landschaftsausschusses vom 26.03.2009.

Wünschen Sie einzelne Abstimmung zu den gestellten Anträgen?

(Nein! bei der SPD – Zuruf Bahr,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

– Niemand. – Bei Zurufen immer daran denken: Es gibt hier Wortprotokoll, und zwar von Ihnen vorher genehmigt – anders als bei anderen Sitzungen.

Werden Wortmeldungen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Über alle Anträge lasse ich damit insgesamt auf der Basis des Landschaftsausschussbeschlusses von gestern, also vom 26.03.2009, abstimmen.

Wer diesem Antragspaket mit diesem Abstimmungsergebnis zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Drei Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist im Übrigen bei drei Ge-

genstimmen so mit großer Mehrheit **beschlossen**.

Zu **Punkt 7.3**, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2009

da Sie ja nicht alle Mitglied des Landschaftsausschusses sein können, darf ich in diesem Zusammenhang auf den Punkt verweisen, auf den schon einige Redner eingegangen sind, und zwar auf das Verhältnis des Landschaftsausschusses zu der Gewährträgerschaft und zu der Direktbeteiligungsoption.

Der Landschaftsausschuss, der eben, unmittelbar vor der Landschaftsversammlung, in Sondersitzung getagt hat, hat heute Morgen auch die Haushaltssatzung deshalb erst beschließen können, weil die Auswirkungen über diese Frage der Direktbeteiligungsoption eben nicht ganz klar waren und erst in allerletzter Minute einer Klärung zugeführt werden konnten.

Der Klärungsbedarf hinsichtlich dieser Direktbeteiligungsoption an der NRW.Bank ist mittlerweile erfolgt. Ich darf Sie darüber unterrichten, dass der Finanzminister Herr Linssen soeben per Fax erstens ein weiteres Schreiben an den Landesdirektor und damit an den Landschaftsverband gesandt hat und auch – das wäre jetzt für die Information auch des Landschaftsausschusses von vorhin und damit für Sie alle jetzt relevant – den Vermerk, auf den Bezug genommen worden ist, gegengezeichnet hat. Ich habe ihn hier vorliegen.

(Allgemeiner Beifall)

Nach diesen Präliminarien darf ich fragen: Wird, bevor ich zur Abstimmung über die Haushaltssatzung des LVR mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2009 in der jetzt aktualisierten Form der Vorlage 12/4153/1 komme, frage ich: Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Das Wort wird nicht gewünscht.

Dann stelle ich die Frage an Sie, wer möchte dieser Haushaltssatzung in der aktuellsten Form die Zustimmung geben, und bitte um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe! – Bei drei Gegenstimmen – Enthaltungen noch? – und oh-

ne Enthaltungen wurde der Haushalt im Übrigen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen damit **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 7.4:

Wirtschaftsplanentwürfe 2009

Punkt 7.4.1:

Wirtschaftsplanentwurf 2009 LVR-InfoKom

– Vorlage Nr. 12/3963/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage Nr. 12/3963/1 beraten und einstimmig empfohlen, dieser Vorlage zu folgen und so zu beschließen.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann ist einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 7.4.2:

Wirtschaftsplanentwurf 2009 der LVR-Krankenhauszentralwäscherei

– Vorlage Nr. 12/3888/1 –

Ebenfalls einstimmiger Empfehlungsbeschluss des Landschaftsausschuss vom 27.02.2009.

Keine Wortmeldungen. – Keine Gegenstimmen. – Keine Enthaltungen. – Einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 7.4.3:

Wirtschaftsplanentwurf 2009 der LVR-Jugendhilfe Rheinland

– Vorlage Nr. 12/3979/1 –

Ebenfalls in der Sitzung des Landschaftsausschusses gestern zur heutigen Abstimmung einstimmig empfohlen.

Keine Gegenstimmen. – Keine Enthaltungen. – Einstimmig so **beschlossen**.

Punkt 7.4.4:

**Wirtschaftsplanentwürfe 2009 sowie
die Veränderungsnachweise zu den
Wirtschaftsplänen 2009 der LVR-Kliniken**

– Vorlage Nr. 12/3884/1 –

In der Sitzung am 27.02.2009 im Landschaftsausschuss beraten und einstimmige Empfehlung, hier so zu beschließen.

Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen?
– Das ist nicht der Fall. Wir haben einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 7.4.5:

**Wirtschaftsplanentwurf 2009 des
LVR-Servicebetriebes Viersen**

– Vorlage Nr. 12/3903/1 –

Am 27. Februar 2009 bereits vom Landschaftsausschuss beraten und einstimmig hier zur Abstimmung empfohlen.

Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Einstimmig so **beschlossen**.

Schließlich nun zum **Punkt 7.4.6:**

**Entwurf der Wirtschaftspläne 2009 der LVR-
HPH-Netze Niederrhein, Mittelrhein-Ost und
Mittelrhein-West**

– Vorlage Nr. 12/3923/1 –

Der Landschaftsausschuss hat dies in der gestrigen Sitzung beraten und Ihnen einstimmig empfohlen, heute so zu beschließen.

Keine Gegenstimmen. – Keine Enthaltungen. – Einstimmig So **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 8:

**Anfragen der Mitglieder
der Landschaftsversammlung**

liegen mir nicht vor.

Meine Damen und Herren, ich darf noch um einen Moment der Aufmerksamkeit bitten. Wir haben keinen Punkt

Verschiedenes

Dennoch bitte ich um ihr Einverständnis, dass aus gegebenem Anlass der Kollege Heidrich, der mich vorher darüber unterrichtet hat, noch einmal das Wort nimmt.

Herr Heidrich, Sie haben das Wort.

Heidrich (CDU): Vielen Dank. Ich kann zusagen, dass die Rede nicht ganz so lang wie vorhin wird.

Sehr geehrter Herr Dr. Wilhelm! Sehr geehrter Herr Landesdirektor Voigtsberger! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir einige Worte zum Abschied aus der Landschaftsversammlung Rheinland. Abschied deshalb, weil ich gestern in der Ratssitzung meiner Heimatstadt Mülheim a. d. Ruhr der Oberbürgermeisterin mitgeteilt habe, dass ich mein Ratsmandat zum 31. Mai 2009 niederlegen werde, also aus dem Rat der Stadt nach 35-jähriger Ratstätigkeit und 40-jähriger Mitgliedschaft im Ausschuss für Gesundheit und Soziales ausscheide.

Damit verlasse ich zwangsläufig auch die Landschaftsversammlung Rheinland, der ich seit 1984, also jetzt im 25. Jahr, angehöre. Dieser Entschluss ist mir nicht leicht gefallen, habe ich doch die Aufgaben in der Landschaftsversammlung und ihren Ausschüssen und Kommissionen sehr gerne wahrgenommen. Die Ereignisse in meiner Heimatstadt vor zwei Jahren und in meiner Fraktion in den letzten Wochen haben mich jedoch zu der Entscheidung geführt, meine politische Arbeit zu beenden.

Schwerpunkt meiner Arbeit in den knapp 25 Jahren in der Landschaftsversammlung wie in Mülheim war die Sozialpolitik. Dennoch war ich überrascht, als mir nach der ersten Wahlperiode von der Fraktion bereits die Sprecherfunktion im Sozialausschuss angetragen wurde. Diese Tätigkeit war auch Ursache meines Aufstiegs in der CDU-Fraktion, und zwar die Frage des Betreuten Wohnens. Das Betreute Wohnen wurde seinerzeit als freiwillige Leistung des Landschaftsverbandes übernommen, und zwar zu 75 Prozent

unter der Voraussetzung, dass die Mitgliedskörperschaften die restlichen 25 Prozent übernehmen.

Irgendwann wurde der hierfür aufgebrauchte Betrag den Fraktionen von CDU und SPD zu hoch, und es wurde der schrittweise Ausstieg beschlossen.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Dunkles Kapitel!)

Dies war jedoch in der CDU-Fraktion umstritten. Während die Finanzpolitiker den Ausstiegsbeschluss durchsetzten, waren die Sozialpolitiker gegen diesen Ausstiegsbeschluss.

Das führte dazu, dass ich dann ab 1994 mich sowohl in den Finanzarbeitskreis der CDU-Fraktion wählen ließ, aber auch als stellvertretender Fraktionsvorsitzender kandidierte und bei der Wahl der Stellvertreter die höchste Stimmenzahl erhielt und damit zwangsläufig erster Kandidat für die Nachfolge von Dr. Karl-Heinz Gierden im Jahr 1999 wurde.

Ich danke meiner Fraktion für die Unterstützung in all den Jahren. Eine große Diskussion war auch nach der Landschaftsversammlung in unserer Fraktion, als die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragte, den Ausstiegsbeschluss rückgängig zu machen. CDU und SPD haben diesem Antrag nicht zugestimmt. Mir gefiel jedoch seinerzeit in der Landschaftsversammlung die Begründung meines Vorgängers als Fraktionsvorsitzender in der Landschaftsversammlung nicht. Ich habe dann nach Blickkontakt mit meinen sozialpolitischen Freunden in der Fraktion mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten – und mit mir die halbe Fraktion.

Ich habe die anschließende Diskussion in der Fraktion überstanden, wie Sie sehen.

Insoweit ist das Thema Betreutes Wohnen untrennbar mit meinem Aufstieg in der CDU-Fraktion verbunden. Von Anfang an habe ich mich dafür eingesetzt, dass das Betreute Wohnen zur Pflichtleistung des Landschaftsverbandes wurde. Und ich freue mich daher auch persönlich sehr, dass die Landesregierung das Betreute Wohnen auch weiterhin dem Landschaftsverband übertragen hat.

Ich möchte es bei diesem Beispiel bewenden lassen und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Arbeit für den Landschaftsverband Rheinland, jedoch nicht um seiner selbst willen, vielmehr zum Wohle der dem Landschaftsverband anvertrauten Menschen.

Ich habe unsere Aufgabe beim Landschaftsverband Rheinland immer so verstanden, dass wir von unseren Mitgliedskörperschaften in den LVR entsandt wurden, um dem Wohl dieser Menschen zu dienen.

Lassen Sie in diesem Bestreben nicht nach; darum bitte ich Sie!

Dabei bitte ich Sie als Vater eines behinderten Sohnes dringend: Lassen Sie sich bei der Frage der Förderung der behinderten Menschen nicht von Ideologien und UN-Resolutionen leiten. Es geht vielmehr um die beste Entwicklung des einzelnen behinderten Menschen. Die kann vielfach in einer Sondereinrichtung besser erreicht werden als in integrativen Maßnahmen oder, wie es so schön neudeutsch heißt, der Inklusion.

Ich hatte bereits in meiner ersten Wahlperiode bei einer Fachtagung die Auffassung deutlich vertreten, dass es vielen Eltern behinderter Kinder nicht um die Integration der Kinder, sondern um ihre eigene Integration geht.

Haben Sie bei Ihren Entscheidungen auch künftig bitte das Wohl des einzelnen behinderten Menschen und nicht die Ideologie im Sinn.

Noch einen Wunsch habe ich in der Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen: Gehen Sie den Weg weiter – denn, Herr Effertz, wir haben das Ziel noch nicht erreicht –, den wir in den letzten Wochen bei den Beratungen zum heutigen Haushalt eingeschlagen haben, und folgen Sie auch künftig dem Motto, welches ich auf meiner Schreibtischunterlage zuhause liegen habe. Es lautet: Einer guten Idee ist es egal, wer sie hat. – Und gehen Sie unvoreingenommen mit Anträgen anderer Fraktionen um!

Abschließend wünsche ich Ihnen für die Zukunft viel Erfolg bei Ihrer Arbeit. Die letzten Wochen haben gezeigt, was der Landschaftsverband erreichen kann, wenn alle Fraktionen gemeinsam am selben Strick in dieselbe Richtung ziehen.

Zuletzt wünsche ich Ihnen für Ihre Arbeit Gottes Segen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender starker allgemeiner Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Herr Kollege Heidrich. Der Beifall des gesamten Hauses hat gezeigt, dass wir auch Ihnen sehr zu Dank verpflichtet sind. Es wird hoffentlich die Gelegenheit geben, dies bei einer besonderen Ver-

anstaltung noch zum Ausdruck zu bringen. Wir freuen uns, wenn das dann stattfinden wird und möglichst bald die Einladung erfolgen kann. – Herzlichen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann danke ich für Ihr Interesse und Ihre Mitarbeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

(Schluss: 12.26 Uhr)